

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/002/2019
Datum	Donnerstag, 12.12.2019
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:33 Uhr
Ende	13:09 Uhr

Anwesenheit

Mitglieder CSU

Eichiner, Reinhard	abwesend ab TOP 14 ö
Flössler, Fabian	
Friesinger, Sebastian	abwesend ab TOP 11 ö, anwesend ab TOP 12 ö
Funke, Annemarie	abwesend ab TOP 16 ö
Großmann, Rainer, Dr.	
Hainz, Birgit	
Hausberger, Claudia	
Hobmeier, Karin	
Hofstetter, Franz	anwesend ab TOP 4 ö
Kern, Michael, Dr.	abwesend ab TOP 12 ö
Keßler, Martina	
Kriegl, Gisela	
Kuhn, Barbara	
Linhart, Susanne	
Loy, Josef	abwesend ab TOP 11 ö, anwesend ab TOP 12 ö
Mederer, Josef	
Off-Nesselhauf, Gabriele	abwesend ab TOP 1 nö
Schindlmayr, Simon	
Schwab, Harald	abwesend ab TOP 17 ö
Schwarzenberger, Thomas	abwesend ab TOP 5 ö, anwesend ab TOP 11 ö
Steinberger, Friederike	
Weiß, Ilse	
Wetzelsperger, Georg	abwesend ab TOP 16 ö
Wunsam, Günther	

Mitglieder SPD

Asam, Michael	
Hofmann, Irmgard	
Hörl, Christina	
Hügenell, Helga	
Jordan, Elisabeth	
Mickel, Andrea	
Salvermoser, Richard	abwesend ab TOP 16 ö
Weitzel, Katja	

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Balidemaj, Delija	
Bohr, Sylvio	anwesend ab TOP 4 ö
Buchwieser, Georg	abwesend ab TOP 2 nö,
	anwesend ab TOP 3 nö
Döring, Max, Dr.	anwesend ab TOP 4 ö
Eberl, Ottilie	
Goldstein, Ulrike	abwesend ab TOP 4 ö
Halbauer, Jan	abwesend ab TOP 14 ö
Harper, Sophie	
Janner, Elisabeth	
Merkel, Gina	
Neubauer, Martina	
Schwaiblmaier, Frauke, Dr.	
Siebler, Joachim	
Speierl, Anton, Dr.	
Stüber, Eckart, Dr.	
Tuttas, Petra	

Mitglieder FW

Bayer, Ludwig	
Gössner, Ute	
Grasser, Maria	
Hartl, Sepp	
Heigl, Marianne	
Hofer, Sepp	
Schanderl, Michael, Dr.	anwesend ab TOP 4 ö,
	abwesend ab TOP 2 nö
Schneider, Rainer	
Speer, Anton	

Mitglieder BP

Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin von	abwesend ab TOP 12 ö,
Münster, Peter	anwesend ab TOP 13 ö
Reuter, Daniel	
Wunderlich, Claus, Dr.	

Mitglieder AfD

Bock, Robert	
Demmel, Christian	
Groß, Rainer	abwesend ab TOP 2 ö,
	anwesend ab TOP 4 ö,
	abwesend ab TOP 12 ö,
	anwesend ab TOP 14 ö
Lipp, Oskar	anwesend ab TOP 4 ö
Stanke, Daniel	
Wieser, Martin	abwesend ab TOP 4 ö,
	anwesend ab TOP 5 ö
Robin, Josef	

Mitglieder ÖDP

Beuting, Rolf

abwesend ab TOP 16 ö,
anwesend ab TOP 17 ö,
abwesend ab TOP 2 nö

Raschke, Markus

Mitglieder Die Linke

Mayr, Maria

Weber, Klaus, Prof. Dr.

Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt

Bruckmann, Wolfgang, Dr.

Büllesbach, Susanne

Erdmann, Kerstin

Getzlaff, Stefan

Maja, Renate

Reitmaier, Eveline

Tworek, Elisabeth, Dr.

Weitere Anwesende

Els, Maria, Regierungspräsidentin

Sonstige Anwesende / Gäste

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Bertl, Alexandra

von Löwis of Menar, Olaf

entschuldigt

entschuldigt

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Sturm, Erika

Wagner, Martin

entschuldigt

entschuldigt

Mitglieder FW

Specker, Konrad

entschuldigt

Mitglieder FDP

Berg, Gabriela, Dr.

entschuldigt

Mitglieder Die Linke

Kirchner, Stefanie

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Weitergeltung der Bezirksfischereiverordnung
TOP 3	Vereidigung von Bezirksrat Josef Robin durch den Bezirkstagspräsidenten
TOP 4	Haushaltssatzung 2020 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 5	Weitergewährung einer ergänzenden Fürsorgeleistung (Umwandlung von Ballungsraumzulage zu Großraumzulage) für die Beschäftigten der Bezirksverwaltung unter Berücksichtigung des Antrages der Kooperationspartner CSU, FW und SPD
TOP 6	Arbeitgeberbezuschussung IsarCard Job (MVV) bzw. Jobticket (Deutsche Bahn) zur Förderung der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs
TOP 7	Fahrtkostenzuschussrichtlinie für die Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern mit Arbeitsort München gültig ab 01.01.2020
TOP 8	Beteiligungsberichte Klinische Beteiligungen - Geschäftsjahre 2017 und 2018
TOP 9	Antrag der AfD vom 31.10.2019: Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen und des Gremiums zur Gesundheits-, Sozial und Versorgungsplanung Oberbayern, Bestellung der Vertreter in Gremien des Klinikums Ingolstadt
TOP 10	Antrag der GRÜNEN vom 13.11.2019: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern im Verwaltungsrat der "Kliniken des Bezirks Oberbayern"
TOP 11	Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2019: CO2-neutrale Verwaltung des Bezirks Oberbayern
TOP 12	Antrag der Fraktion der Linken vom 24.07.2019: Rückführung der kbo-Service GmbH in die kbo-Kliniken
TOP 13	Antrag der Fraktion der Linken vom 08.08.2019: Anwendung des TVöD für den Bezirk Oberbayern und seine Beteiligungsgesellschaften
TOP 14	Antrag der Fraktion der Linken vom 09.09.2019: Kriegsgräberfürsorge / Streichung Zuschuss
TOP 15	Antrag der Fraktion der AfD vom 05.11.2019: Verzicht auf E-Mobilität im Bezirk und seinen Gesellschaften
TOP 16	Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 11.11.2019: Reduzierung der CO2-Emissionen bei dienstlichen Fahrten
TOP 17	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:33 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Herr Bezirkstagspräsident Mederer weist auf den Livestream hin.
TOP 3 ö wird vor TOP 2 ö behandelt.

Frau Bezirksrätin Neubauer beantragt, TOP 16 ö vor TOP 15 ö zu behandeln, da TOP 15 ö in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Beschluss zu TOP 16 ö steht. Die absolute Mehrheit des Gremiums stimmt dafür.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 70 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 3 Vereidigung von Bezirksrat Josef Robin durch den Bezirkstagspräsidenten

Der Bezirksrat Josef Robin wird vom Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer vereidigt.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt Kenntnis von der Vereidigung.
	zur Kenntnis genommen

TOP 2 Weitergeltung der Bezirksfischereiverordnung

Der Bezirkstag berät und beschließt über die Weitergeltung der Bezirksfischereiverordnung.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Bezirksfischereiverordnung für den Bezirk Oberbayern vom 12. Dezember 2019.
	angenommen Ja 69 Nein 0

TOP 4 Haushaltssatzung 2020 und Haushaltsplan mit Anlagen

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2020 und alle Anlagen beschlossen.

Zur Diskussion des Haushaltsentwurfs halten der Präsident und die Vertreter der Fraktionen Reden, die im Folgenden im Manuskript abgedruckt sind.

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsident Mederer

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

das Haushaltsplenum ist immer wieder eine wichtige Sitzung, in der wir unsere Inhalte neu definieren und die Finanzressourcen zur Verfügung stellen. Neu ist in dieser Haushaltssitzung die Livestream-Übertragung. Damit wollen wir versuchen, die Öffentlichkeit zu erreichen und mehr Transparenz für unsere Aufgabenfelder und Finanzbelastungen nach außen erreichen. Auch ist es ein Schritt in Richtung Teilhabe und Barrierefreiheit.

Meine Damen und Herren, einige von Ihnen waren im letzten Jahr erstmals bei der Haushaltsplanung dabei und haben vieles aufgenommen. Die Komplexität der Zusammenhänge, die Unterschiedlichkeit der Themen und vieles Weitere waren neu für Sie; heute haben Sie bereits etwas Routine erlangt. Diese Routine ist auch notwendig, um die Zusammenhänge hinter diesem riesen Zahlenwerk zu erkennen. Dieses große Zahlenwerk ist in unserer Finanzverwaltung und allen beteiligten Einrichtungen entstanden, die in vielen Stunden und Wochen die Zahlen zusammengetragen und diskutiert haben. Zum Schluss wurden diese Zahlen zusammengeführt. Und nun können wir Ihnen, liebe Bezirksrätinnen, liebe Bezirksräte, ein abstimmungsfähiges Papier vorlegen. Uns ist aber auch wichtig, dass wir im Vorfeld mit den Fraktionen die große Komplexität des Haushaltsplans diskutieren.

Ebenso wichtig ist die Transparenz zu unseren Umlagezahlern. Wir versuchen bereits frühzeitig im Juli oder September mit den Landräten und den Bürgermeistern in Kontakt zu treten, um hier die Stimmungen auszutariieren, was wir an Finanzbedarf haben, was notwendig ist, um unseren Auftrag zu erfüllen. Dies ist im September dieses Jahres geschehen. Ich konnte mit großer Genugtuung feststellen, dass Landräte und Oberbürgermeister sehr konstruktiv unsere Vorstellungen aufgenommen haben.

Wir können immer belegen, dass unser Auftrag im Mittelpunkt steht und die Gelder der Umlagezahlern wieder den Bürgerinnen und Bürgern der Landkreise und Städte zu Gute kommen. Wichtig ist mir, dass wir den Umlagezahlern frühzeitig mitteilen können, welchen Hebesatz wir abrufen werden. Dies bedeutet eine Planungssicherheit für die Landkreis- und Stadthaushalte. Bei dieser gewaltigen Summe von über zwei Milliarden Euro, die der Haushalt hat, muss auf Augenhöhe und hochverantwortlich mit den Umlagezahlern diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2020, den wir heute hier zur Abstimmung stellen, wird vom Umlagehebesatz her bei 21,0 Punkten bleiben. Aber wir haben erfreulicherweise eine gewaltige Umlagekraftsteigerung von 10,8 Prozent, dank der eingenommenen Gewerbesteuer und Einkommensteuer.

Negativ ist, dass wir aus den Mitteln, die der Freistaat Bayern mit Artikel 15 des Finanzausgleichsgesetz den Bayerischen Bezirken zur Verfügung stellt, 40 Millionen Euro weniger als letztes Jahr erhalten. Diese 47,6 Millionen Euro, die wir erhalten, sind eigentlich beschämend angesichts der großen Aufgabenstellung, die uns aufgebürdet wird. Das neu hinzugekommene Familienentlastungsgesetz liegt eindeutig in unserer Verantwortung. Aber die Kosten hierfür dürfen nicht ohne weitere Entschädigung kommunalisiert werden. Das gleiche betrifft das Bundesteilhabegesetz. Wir wollen den Freistaat weiterhin in die Pflicht nehmen. Artikel 15 war einmal ein gewisser Sozialhilfeausgleich. Aber wenn das bayerische Teilhabegesetz II die Verpflichtung den Bezirken auferlegt, dann möchte ich deutlich die Frage zur Konnexität stellen. Hier werden wir genau prüfen, ob die Konnexität greift, diese müssen wir deutlich einfordern.

Zunächst waren wir glücklich, als sich der Bund in Berlin verpflichtet hatte, die überörtlichen Sozialhilfeträger Deutschlands mit fünf Milliarden für das Bundesteilhabegesetz finanziell zu unterstützen. Leider sind bei uns in Bayern diese Gelder an den Bezirken vorbei geleitet worden; sie wurden an die Gemeinden und Landkreise verteilt mit Erhöhung des Umsatzsteueranteils bei den

Gemeinden, mit Kostenerstattung der Kosten der Unterkünfte bei den Landkreisen; die letzte Milliarde wurde noch in die Schlüsselmasse reingeschoben. Dieser Verteilungsmodus war der falsche, denn wenn ein Bürgermeister oder Landrat Geld aus Berlin erst mal in seiner Kasse hat, ist es gefühlt sein Geld. Aber es wurde ihm nur geliehen. Wenn wir diese fünf Milliarden Euro für Oberbayern umrechnen würden, dann würden sich die Umlagepunkte um ungefähr 3,5 Punkte verringern. Entsprechend würde sich die wahre Bezirksumlage anders berechnen, nämlich 21,0 minus 3,5. Trotz gewaltiger Mehreinnahmen müssen wir in die Rücklagen greifen. Daran sehen Sie, dass trotz Umlagesteigerung das Korsett eng gestrickt ist. Teilhabegesetz und Angehörigenteilungsgesetz plus Übernahme der Ambulanten Hilfe zur Pflege fordern uns gewaltig. Es sind auch gewisse Risiken enthalten, die wir noch nicht abschätzen können.

Deshalb zunächst der Griff in die Rücklage, in der Hoffnung, dass wir nicht zu tief greifen müssen. Aber wir haben das Risiko auf uns genommen und wollen das Risiko nicht an die Umlagezahler weitergeben. Für 2020 haben wir einen stabilen Hebesatz, aber keiner weiß, wie es 2021 aussehen wird. Dies ist abhängig von der Umlagekraftsteigerung, aber auch von der Kostenentwicklung im Teilhabegesetz und im Familienentlastungsgesetz.

Erfreulich ist, dass wir in den guten Zeiten unseren Schuldenstand konsequent reduzieren konnten. Es gab Zeiten, da wir 135 Millionen Euro Schulden hatten, Ende nächsten Jahres werden wir mit 1,2 Millionen Euro Schulden nahezu schuldenfrei sein.

Die Zuwendungen, die uns der Freistaat für die Kliniken gibt, müssen wir mit Bürgschaften abdecken. Dies ist eine fiktive Verpflichtung von Verbindlichkeiten mit 172 Millionen Euro, die hoffentlich nicht greifen wird. Es ist klar, dass mit jedem Jahr der Abschreibung die Verpflichtung niedriger wird. Aber, meine Damen und Herren, der echte Zuschussbedarf, den wir im Haushalt aufnehmen müssen, liegt immerhin bei 1 Milliarde 738 Millionen Euro. Genau diese Summe müssen wir von unseren Umlagezahlern erhalten. Das sind immerhin 170 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor.

Das sind gewaltige Aufwendungen, die wir aufbringen müssen, um unseren Auftrag zu erfüllen. Die ambulante Hilfe zur Pflege, - eine echte Entlastung der Landkreise und kreisfreien Städte -, liegt jetzt bei 99 Millionen. Das ist eine Steigerung um 23 Millionen. Mit dem Familienentlastungsgesetz wird unsere finanzielle Belastung weiter steigen, aber dies könne wir noch nicht mit gesicherten Zahlen belegt. Ich gehe davon aus, dass auch die Zahl der Hilfeanträge steigen wird. Hier sehe ich eine zusätzliche Nettobelastung für den Bezirk Oberbayern.

Auch in anderen Bereich sind wir nicht einverstanden. Im Bereich der Schulassistenzen, den Individualbegleitungen an den Schulen liegen, wir bei fast 47 Millionen Euro behinderungsbedingtem Mehraufwand. Auch bei den Förderschulen muss der Bezirk Oberbayern bei der Weiterentwicklung eingreifen. Man spricht von Inklusion, aber eine 1-zu-1-Begleitung ist mehr Exklusion als Inklusion. Wir als Bezirk Oberbayern wollen innovativ sein und stellen Überlegungen an, wie wir dies besser schultern können. Eine Überlegung war, dass eine betreuende Person mehr Kinder betreuen könnte, um so mehr Kinder in die Klassengemeinschaft aufnehmen zu können. Dies widerspricht zunächst dem individuellen Anspruch jedes einzelnen Kindes. Es gibt aber bereits erfolgreiche Poolbildungs-Modelle. Dies ist für mich der absolut richtige Weg, und deshalb sollte hier auch der Freistaat in die Pflicht genommen werden. Es steht in der Verfassung, dass jedes Kind Anspruch auf Bildung hat, egal ob mit oder ohne Einschränkungen. Hier geht es nicht um das Geld, sondern um die Kinder.

Etwas Erfreuliches möchte ich heute ansprechen. Wir als Bezirk Oberbayern waren mit unserem Krisendienst Psychiatrie innovativ und kreativ und der Zeit voraus. Das Psychisch-Kranken-Hilfegesetz ist letztes Jahr ins Leben gerufen worden, vorher haben wir bereits den Krisendienst Psychiatrie initiiert, auch dank der politischen Unterstützung mit 7,4 Millionen Euro. Das ist zwar viel Geld, aber hätten wir später gehandelt, hätten wir vielen Menschen nicht helfen können. Das wäre für mich unverantwortlich. Im letzten Jahr gingen beim Krisendienst 23.000 Anrufe ein, das sind 23.000 Menschen mit Problemen. Auch die Kooperation mit drei Polizeiinspektionen in Oberbayern ist eine segensreiche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen mit Problemen. Unsere Krisendienst-Telefonnummer 0180/6553000 muss verteilt werden. Hier ein großes Dankeschön an alle,

die mitgewirkt haben, also z.B. den caritativen Verbänden und dem kbo mit Übernahme der Leitstelle. Hier konnten wir alle Player zusammenführen und sie leisten Großartiges.

Die Integrationskindertagesstätten und die Ambulantisierung von Wohnformen erfahren ebenfalls eine deutliche Steigerung. Es geht langsam, aber sicher Richtung Inklusion und mehr Teilhabe.

Meine Damen und Herren, die Bezirke sind stärker denn je, aber auch notwendiger denn je, deshalb brauchen wir Menschen, die diese Arbeit umsetzen. Das sind unsere Mitarbeitenden. Wir brauchen aber noch mehr Personal und haben entsprechend schnell reagiert. Die Großraumzulage, die heute auf der Tagesordnung ist, hilft wahrscheinlich nicht, Personal zu gewinnen, aber sie hilft uns, Personal zu behalten. Auch das Jobticket, mit dem wir den Weg zur Arbeit finanziell begleiten wollen, hilft uns bei dieser Aufgabe. Wir brauchen in der Tat mehr Personal. Vor über 25 Jahren haben wir dieses Gebäude bezogen und dachten, das reicht für ewig. Nun haben wir einen Standort in der Dingolfinger Straße, ein weiterer wird gesucht. Mit unserer Aufgabe haben wir eine hohe Verantwortung übernommen und machen dies mit großer Freude und großem Engagement. Deshalb ist es uns auch wichtig, unseren engagierten Beschäftigten einen Arbeitsplatz zu bieten, der ihnen Freude macht.

Ein paar Sätze zum Rückblick. Ein großer Tag war für uns unser Tag der offenen Tür in der Bezirksverwaltung zum Thema Pflege. Ein Megathema.

Schon lange vor dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“, haben wir 2017 das Projekt „Bienenfreundliche Gemeinde“ ins Leben gerufen. Dieses Jahr wurden verschiedenen Gemeinden Preise verliehen. Wir konnten die Arten- und Insektenvielfalt als Schlaglichter nach außen tragen, eine wichtige Signalwirkung. Viele werden sich nach unserer neuen Ausschreibung geärgert haben, dass sie nicht dabei waren. Aber die Chance auf weitere Preise in den kommenden Jahren ist gegeben.

Dieses Jahr war mir wichtig, dass wir nicht nur über Nachhaltigkeit sprechen, sondern auch handeln. Aus diesem Grunde haben wir die Arbeitsgruppe „Ökologie und Nachhaltigkeit“ ins Leben gerufen. Aber wir mussten nicht bei Null beginnen. Bereits seit über 20 Jahren führen wir schon Audits und begleitende Maßnahmen durch. Wir bauten vor 10 Jahren in Landsberg am Lech eine Hackschnitzelanlage. Vieles haben wir bereits angefangen und werden es weiter entwickeln.

Im kulturellen Bereich waren wir heuer wieder Organisator des Zamma-Kulturfestivals mit der Kulturkuppel in Garmisch-Partenkirchen. Ein tolles Festival der Inklusion mit über 20.000 Besuchern. Zamma zeigt immer wieder, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam auf und vor der Bühne stehen. Das ist für mich gelebte Inklusion in der gesamten Aufgabenstellung.

Eine große Verantwortung unsererseits ist die Erinnerungskultur. Hier muss die dunkle Zeit der Euthanasie aufgearbeitet werden; wir nehmen dies sehr ernst. Wir haben es sehr begrüßt, als das Buch der Münchner Opfer der Euthanasie aufgelegt wurde. Nun wollen wir auch ein Buch über die oberbayerischen Opfer auflegen. Wir haben bereits einen Letter of Intent unterschrieben. Wir gehen diese verantwortungsvolle Aufgabe sehr engagiert an, damit wir unserem Auftrag gerecht werden.

Unsere Kliniken des Bezirks Oberbayern sind für die psychische Gesundheit zuständig, auch hier arbeiten wir sehr erfolgreich. Die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen steigt gewaltig an. Wir sind dabei, das Netz in der Regionalisierung zu verdichten. Wir wollen neben den sozialpsychiatrischen Diensten, die im Landkreis und in den kreisfreien Städten mindestens ein Mal vorhanden sind, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Fachkliniken und dann die Regionalkliniken ausweiten.

Ergänzend hierzu auch StäB, Stationsäquivalente psychiatrische Behandlung, ein neuer Begriff, der seit 2018 im Gesetz verankert ist. Dies setzt kbo bereits um. Wir wollen kleine Segmente schaffen, mit welchen wir die Kliniken entlasten können. Ein Dankeschön an unsere Einrichtungen.

Die Oberbayerische Heimstätte, Deutsches Heim, eine nahezu hundertprozentige Tochter des Bezirks Oberbayern, ist eine segensreiche Einrichtung. Wir haben in Oberbayern etwa 5.500 Wohnungen und wollen Wohnungen für breite Bevölkerungsschichten mit günstigen Mietpreisen anbieten. Wir sind glücklich, dass wir hier in unserem Klinikbereich und auch für die Mitarbeitenden der Bezirksverwaltung Wohnraum anbieten können. Im nächsten Jahr werden wir wieder für 120 Wohnungen den Spatenstich machen. Diese Wohnungen sind rein für Mitarbeitende vorgesehen. Wir wollen uns hier finanziell einbringen und somit den Mietpreis reduzieren. Die Oberbayerische Heimstätte wird in Haar ein Verwaltungsgebäude als zweiten Standort für die Bezirksverwaltung errichten.

Das Berufsbildungswerk Johanneskirchen haben wir nach langjährigen Diskussionen erfolgreich nach der Generalsanierung bezogen. Ich bin froh, dass wir diesen Weg mit dem Generalübernehmer gegangen sind. Die Menschen, die dort in beruflicher Tätigkeit oder in der Ausbildung sind, sind sehr zufrieden. Es ist schön, dass wir jungen Menschen, die eingeschränkt sind, eine Chance geben können.

Mit der großen Bandbreite von Aufgabenfeldern haben wir eine so hohe Verantwortung, dass wir diese nicht dem Zufall überlassen können. Wir müssen unsere Aufgaben strukturiert angehen und steuern. Deshalb habe ich das Projekt 2030+ ins Leben gerufen. Ziel ist es, gemeinsam zu diskutieren, um zu sehen, wie sieht unsere Verantwortung in die Zukunft hinein aus. Ich hoffe, wir können im Sommer nächsten Jahres das gesamte Konzept abschließen und dann natürlich immer weiter fortschreiben. Wir sind nicht überrascht, wir sind gewappnet. Das ist für mich die große Freude an diesem Projekt.

Die Baumaßnahmen im nächsten Jahr müssen weiter entwickelt werden. Bei der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt müssen wir baurechtlich mit der Stadt Ingolstadt nachverhandeln, damit alles abgedeckt werden kann. In Bruckmühl konnten wir das alte und das neue Altenheim für eine Ausdehnung unseres Volksmusikarchivs erwerben, was uns sehr gefreut hat. Kloster Seeon – auch hier ein Juwel, das uns lieb und teuer ist. Wir freuen uns über den Abschluss des Kramerhauses, eine tolle Liegenschaft, die jetzt saniert wurde. Klosterweg 15 soll demnächst saniert werden, auch die Hotelzimmer werden saniert. Nach 25 Jahren Betrieb ist hier ein Austausch notwendig. Die Außenanlagen werden gerade umgeplant, die Hauptküche ist zu ersetzen. Viele Baumaßnahmen sind bei uns im Gange.

Zusammenfassend möchte ich noch sagen, dass wir in das Jahr 2020 mit einem Hebesatz von 21,0 ins Rennen gehen können. Das freut uns, wir wissen aber sehr wohl, dass wir Unabwägbarkeiten haben, wie es mit der Inanspruchnahme unserer Gelder aussieht: Familienentlastungsgesetz, Teilhabegesetz, Pflege usw. Wir können gespannt sein, wie der Hebesatz 2021 aussehen wird, abhängig eben von der Beteiligung des Freistaates Bayern und natürlich auch von der Umlagekraftentwicklung.

Zum Schluss möchte ich allen danken, die am Haushalt mitgewirkt haben und die das ganze Jahr engagiert mitarbeiten; auch hier stellen wir die Weichen in die Zukunft richtig. Unser Haushalt von über 2 Milliarden, genau 2 Milliarden 113 Millionen 30.000 Euro ist notwendig, um unsere Aufgaben zu erfüllen. Wir erfüllen die Aufgaben gerne, wollen uns aber nicht bei der Aufstellung der dafür notwendigen Mittel immer rechtfertigen müssen. Mit der Umlage-Erhebung haben wir kein schlechtes Gewissen, weil wir das Gesetz vollziehen.

In diesem Sinne: wir haben eine schöne Aufgabe, wir machen sie mit großer Freude und großem Engagement. Deshalb bitte ich Sie, dem Haushalt Ihre Zustimmung zu geben.

Herzlichen Dank.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Josef Loy (Fraktion CSU)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, verehrte Vizepräsidenten,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der großen Bezirksfamilie von Oberbayern,
verehrte Bezirkstagskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein großes und gewaltiges Haushaltswerk mit einem Volumen von über 2,1 Milliarden Euro werden wir heute verabschieden und genehmigen.

Die Grundlagen für ein solides und tragfähiges Finanzfundament sind vorgegeben:

- genehmigungsfreier Haushalt
- keine Kreditaufnahme
- keine Verpflichtungsermächtigungen
- sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung

Diese Grundlagen sind mit dem Haushaltsentwurf gelegt. In den dafür vorberatenden Ausschüssen ist der Ausgaben- und Einnahmenentwurf genehmigt worden. Nun hat das Plenum die finale Entscheidung zu treffen.

Werfen wir einen Blick auf die wesentlichen Schwerpunkte und Ausgangslagen.

Die Entwicklung der Umlagekraft ist nach wie vor positiv zu beurteilen.

Mit 10,8 % Steigerung gegenüber dem Vorjahr steigt die Umlagekraft auf über 8,2 Mrd. Euro in Oberbayern. Dies ist der guten Wirtschaftslage, der fleißigen, arbeitenden Bevölkerung, der innovativen Industrie, den Unternehmen, dem gut ausgelasteten Handwerk und allen Steuerzahlern zu verdanken.

Dieses Ergebnis ist nicht gottgegeben, sondern basiert auf verantwortungsvollem, zukunftsorientiertem Handeln aller Beteiligten.

Die dunklen Wolken am Horizont werden uns in den letzten Wochen immer wieder aufgezeigt. Trotzdem bleibe ich optimistisch. Wir sind fleißig, wir haben gute Ideen und wir haben auch den Mut, Ideen umzusetzen und Herausforderungen anzunehmen.

Die Entwicklung der Umlagekraftzahlen steigt seit 10 Jahren an, trotz verschiedenster Krisen, Wirtschaftsveränderungen und kritischer Töne. Wir sollten nicht zu sehr auf die Schlagzeilen der modernen Informationsschiene hören, sondern auf unseren gesunden Menschenverstand setzen und vernünftige und klare Analysen der tatsächlichen Gegebenheiten anstellen.

Die Finanzverhandlungen Ende November diesen Jahres haben für die bayerischen Bezirke leider keine Anbesserung der Ausgleichsmasse aus der FAG 15 erbracht.

Aus den 691,5 Mio. Euro Zuweisungen an die Bezirke erhält der Bezirk Oberbayern gerade noch 47,6 Mio. Euro. Ein Tropfen auf den heißen Stein der gewaltigen Ausgaben, gerade für den sozialen Bereich. Es ist bedauerlich, dass sich unsere Verbandsspitze hier nicht mehr Gehör verschafft und hartnäckiger verhandelt. Gegenüber den mächtigen kommunalen Schwergewichten wie Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag sind wir nach wie vor nur ein schwaches Leichtgewicht. Was bleibt uns anderes übrig, als die Umlagezahler mit dem fehlenden und nicht gedeckten Finanzbedarf zu belasten. Noch ist die Bereitschaft der Umlagezahler gegeben. Dies verdanken wir der Transparenz und der Offenheit gegenüber der kommunalen Familie. Hier gilt unser Dank unserem Bezirkstagspräsidenten für die unermüdlichen Gespräche und die nachvollziehbare Darstellung der bezirklichen Aufgaben.

Sie können sich selbst ausrechnen, wie weit wir mit diesen 47,6 Millionen Euro kommen, bei 2,0 Milliarden Euro Volumen des Verwaltungshaushaltes. Es sind knapp 9 Tage. Ab 10. Januar belasten wir die Umlagezahler.

Unser Verwaltungshaushalt mit den genannten 2,0 Milliarden Euro steigt von Jahr zu Jahr. Die Erhöhung der Vergütungsvereinbarungen, die Entwicklung der Leistungsberechtigten, die Auswirkungen der Gesetze wie Bundesteilhabegesetz, Bayerisches Teilhabegesetz, Angehörigen-Entlastungsgesetz, sind die Ursachen der Steigerung. Diese Ursachen sind gewollt, von uns auch gefordert. Nur die Ablastung der Mehrbedarfe an Finanzmittel allein auf die kommunale Ebene ist nicht in Ordnung.

Dies müssen wir gemeinsam auf alle Ebenen immer wieder nach außen, nach links und rechts und vor allem nach oben zu Freistaat und Bund tragen und mit Nachdruck zusätzliche Finanzmittel fordern.

Wir haben eine gewaltige Steigerung im Stellenplan zu verzeichnen. Dies ist in den zusätzlichen Aufgaben und den gesetzlichen Auswirkungen begründet. Mehr Stellen bedeutet auch entsprechenden Arbeitsplatzraum. Dazu mieten wir uns Außenstellen an, auch hier mit großen Mietzahlungen. Deshalb begrüßen wir es nachdrücklich, dass in Zusammenarbeit mit unserer Baugesellschaft Verwaltungsräume in Haar entstehen. Jeder Mieteuro, den wir in Baueuro umwandeln ist gut angelegtes Geld.

Werfen wir einen Blick auf die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes. Die Personalausgaben steigen auf 90,8 Millionen Euro. Dazu tragen die Auswirkungen des Stellenplanes bei und wir haben uns auch entschieden, die Großraumzulage München und einen Fahrkostenzuschuss zu gewähren. Das trägt zu einer stabilen Personalpolitik bei und wir geraten neben den anderen großen Verwaltungsarbeitgebern nicht ins Hintertreffen.

Im Bereich unserer Schulen sehen wir eine moderate Steigerung des Finanzbedarfes. Die Sanierung des Berufsförderzentrums in Johanneskirchen ist abgeschlossen. Ein gelungenes Werk und allen Skeptikern zum Trotz, mit dem vorgegebenen Budget auch umgesetzt worden. Dank an alle Beteiligten für dieses gelungene Werk.

Für die Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt wünschen wir uns eine umsetzbare Lösung in den nächsten Monaten, damit die Planungen beginnen können und unser Präsident bald den ersten Spatenstich, zusammen mit der Stadt Ingolstadt, ankündigen kann. Alle angedachten Wünsche können auch in diesem Fall nicht erfüllt werden. Und wenn Schule und Heilpädagogische Tagesstätte nur getrennt durch wenige Meter errichtet werden können, dann sorgen wir für einen sicheren und geschützten Verbindungsgang.

Das Agrarbildungszentrum in Landsberg wird uns in Zukunft noch intensiv beschäftigen. Verbesserung in den Werkshallen und den Ausbildungsstätten fordern den Bezirk nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Auch in der Schule für Holz und Gestaltung sind Zukunftsüberlegungen anzustellen, wie wir den Herausforderungen nach guter Ausbildung gerecht werden.

Der Einzelplan 4 „Soziales und Jugend“ ist die Kernaufgabe unserer bezirklichen Arbeit. Mit 170,1 Millionen Euro Steigerung zu 2018 ist die große Bedeutung dieser Aufgabe dokumentiert. Die Auswirkungen von BTHG und Angehörige-Entlastungs-Gesetz habe ich bereits angesprochen.

Die Hilfen zur Pflege steigen ebenfalls an und hier gilt es vor allem, die ambulanten Hilfen noch mehr auszubauen. Wir können nicht ein Altenheim, eine Seniorenresidenz nach der andern bauen. Wir müssen auch die wohnortnahe und familiennahe Versorgung verbessern. Je länger unsere Mitmenschen zu Hause versorgt werden können, desto mehr kommen wir den Erwartungen der Betroffenen entgegen.

Der Bedarf an Eingliederungshilfe steigt auch stetig an. Für 2020 sind dafür 1,2 Milliarden Euro angesetzt. Die Trennung der existenzsichernden Leistungen von den fachlichen Leistungen beschert uns einen erhebliche Verwaltungsmehraufwand, ohne dass die betroffenen Mitmenschen davon profitieren. Zusammen mit den betroffenen Einrichtungen werden wir diese Aufgabe

bewältigen.

Auch die Zahl der Menschen mit Behinderung steigt stetig an. Für Oberbayern versorgen wir im Rahmen der Eingliederungshilfe in 2020 knapp 50.000 Menschen. Zu dieser Hilfe sind wir gesetzlich verpflichtet. Und wir sind mit hoher Verantwortung dabei, die Hilfen stetig zu verbessern und auszubauen. Fallmanagement, Einzelhilfekonzepte, personenbezogene Hilfen sind unsere Themen dabei.

Wir sind auch auf dem Weg, die Errichtung von Pflegestützpunkten in der Region Oberbayern zu fördern und zu unterstützen. Dazu sind die gesetzlichen Vorgaben in Endentscheidung. Viele Landkreise warten auf die Vorgaben zur Entwicklung der Pflegestützpunkte und wir sehen darin auch unter unserer Beteiligung die zusätzliche Möglichkeit, Hilfeleistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe zu beraten.

Auf das Thema Schulbegleitung möchte ich gerne eingehen. Für das Jahr 2020 sind hierfür ca. 46,0 Mio. Euro bereit gestellt. Die Frage muss erlaubt sein, in wieweit wir als Bezirk dafür zuständig sind und in wieweit nicht auch die Bildungseinrichtungen Mitverantwortung tragen. Ein Appell an alle Beteiligten, hier muss eine Lösung gefunden werden. Wenn in Schulklassen drei, vier Schulbegleiter sitzen und eigentlich eine zusätzliche sozialpädagogische Kraft zur Unterstützung der Lehrkraft sinnvoll wäre, dann ist hier Handlungsbedarf gegeben.

Die Förderung der Wohlfahrtspflege steigt auf knapp 100 Millionen Euro. Alle Dienste, Beratungen und Arbeitsmarktprogramme sind dabei notwendig und auch begründet. Wir sind Partner der Wohlfahrt und danken an dieser Stelle allen Verbänden und Einrichtungen für ihren wertvollen Dienst an den hilfebedürftigen Mitmenschen.

An dieser Stelle ebenfalls einen großen Dank an die Sozialverwaltung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend an Herrn Bertenbreiter, Herrn Roth und Frau Zieglmaier.

Eine Erfolgsgeschichte ist der Krisendienst Psychiatrie. Auf Grundlage des Bayerischen Psychisch Kranken Hilfe Gesetzes wird sich der Freistaat an der Errichtung und dem Betrieb der Leitstellen beteiligen. Das haben wir Bezirke und die Akteure des Krisendienstes fertig gebracht. Von den Erfahrungen Oberbayerns profitieren die anderen Bezirke Bayerns und auch Regionen außerhalb Bayerns. Hilfeleistungen im Rahmen des Krisendienstes verhindert auch Klinikaufenthalte und das ist doch ein Segen für die Betroffenen. Wünschenswert wäre noch ein aufsuchender Krisendienst für unsere jungen Mitmenschen.

Unser Kommunalunternehmen kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern, ist nach wie vor eine Erfolgsgeschichte. Seit 2007 auf einem richtigen Weg, damit die Versorgung unserer psychisch kranken Mitmenschen gesichert ist und bleibt. Dazu tragen viele bei, der Vorstand, die Ärzteschaft die vielen Pflegekräfte und das technische Personal, die Verwaltungsebene und vieles mehr. An dieser Stelle ein großer Dank, stellvertretend an Herrn Spuckti und Frau Bormann-Hassebach. Und kbo entwickelt sich weiter, Strategiekonzepte, Zukunftswerkstätten, Unternehmensphilosophie und vieles mehr tragen zu einem modernen Unternehmen bei, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist.

Und Herausforderungen gibt es genug.

Ein großer Klinikbau in Wasserburg zusammen mit Romed, ein Erweiterungsbau mit anschließender Sanierung am Kinderzentrum, das neue Entgeltsystem, die personelle Ausstattung der Stationen, entsprechend der Patienten und deren Krankheitsbilder.

Eine Entwicklung ist uns aber auch besonders wichtig. Es ist die stationsäquivalente Versorgung, also die aufsuchende ärztliche und therapeutische Hilfe für unsere Patienten.

Auch hier gilt, wie bei der Pflege, dass nicht unbegrenzt neue Betten eingerichtet werden, sondern wir uns auf neue Wege der ärztlichen Versorgung begeben. Dafür gilt es insbesondere, dass wir hier politische Rückendeckung gewähren.

Im Rahmen der Suchtberatung und der dafür notwendigen Hilfeleistungen müssen wir das Thema

Drogenkonsumraum wieder auf die Tagesordnung setzen und mit dem Freistaat diskutieren. Kontrolliert offener Umgang mit Drogen ist besser, als den Blick davon abzuwenden.

Die erfolgreiche Kulturarbeit im Bezirk Oberbayern wird auch 2020 fortgesetzt. Erwähnt sei der Runde Tisch, Jugendarbeit in Oberbayern und das einvernehmlich gute Ergebnis künftiger Zusammenarbeit. Die Planungen für das Industrie- und Arbeitermuseum in Dachau gehen voran. Die Abrissarbeiten auf dem Gelände sind schon im Gang. Jetzt gilt es, gemeinsam mit Stadt und Landkreis an einer guten weiteren Kooperation zu arbeiten und entsprechende Ergebnisse zu erzielen.

Wir haben gemeinsam ein schönes ZAMMA-Fest in Garmisch gefeiert und freuen uns schon auf das nächste. Kulturarbeit ganz nah an den Menschen ist immer ein Segen für die Region.

Im Kultur- und Bildungszentrum Seeon geht das Engagement des Bezirks nie aus. Es ist und bleibt eine wunderschöne und erhaltenswerte Anlage, die, mit Leben gefüllt, auch Anforderungen an den Eigentümer stellt. Deshalb unterstützen wir die laufenden Baumaßnahmen, Heizwerk, Klosterweg 15, Fischerei und Imkerei, Ertüchtigung der Küche, Verbesserung des Schallschutzes im Speisesaal und die notwendige Modernisierung der Hotelzimmer im benediktinischen Geist der noblen Einfachheit.

Das neue Heizwerk mit Remise auf der Glentleiten ist notwendig und wichtig. Erwerb der Tankstelle „Gasoline“ unterstützen wir ausdrücklich. Vielleicht kann ja an der Tankstelle einmal ein innovativer neuer Treibstoff getankt werden.

Im Volksmusikarchiv wird derzeit über ein notwendiges Raumprogramm nachgedacht, das letztlich in eine bauliche Umsetzung münden soll, unter Berücksichtigung der unterschiedlichsten musikalischen Verantwortlichkeiten in Oberbayern, von Tradition bis zur Gegenwart. Damit stellen wir uns auch den Anforderungen der Zukunft.

Am Trachteninformationszentrum in Benediktbeuren werden ebenfalls Überlegungen angestellt, neue Räumlichkeiten zur belegen, um den Interessen und den Aufgaben künftig gerecht zu werden.

Dass wir auch künftig Zuwendungen für die Kulturförderung, die Denkmalpflege, die Heimat- und Kulturpflege, sowie Sportförderung gewähren, ist unbestritten.

Den Nachweis der Finanzkraft der Antragsteller halten wir für nicht notwendig, ebensowenig die Prüfung der Finanzen der Diözese bei Anträgen von Pfarrpfündestiftungen für Kirchensanierungen. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Zuwendungen, meist nur ein kleiner Teil der Gesamtaufwendung, helfen, die geplanten Projekte gemeinschaftlich zu realisieren.

Die knapp 4,0 Millionen Euro im Kulturhaushalt sind gut angelegt im großen Kulturraum Oberbayern.

Dank an dieser Stelle der Kulturabteilung und allen Verantwortlichen, stellvertretend an Frau Dr. Tworek.

Unsere Baugesellschaften OH und DH schaffen jährlich Wohnraum mit sozial vertraglichen Bedingungen. Und das ist in der Hochpreisregion von München auch dringend notwendig. Dabei achten wir auf die Errichtung von Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks und des Kommunalunternehmens kbo. Gemeinsam errichten wir Verwaltungsräume im Haar und wir sind gesprächsbereit für weitere Entwicklungen. Ein Dank für das hohe Engagement im OH und DH stellvertretend an Herrn Zaigler.

All die Themen der Zukunft unserer bezirklichen Arbeit münden in den Begriff „Bezirk 2030+“, eine Aufgabe und eine Herausforderung, die uns unser Präsident gestellt hat und der er sich auch stellt. Politik und Verwaltung entwickeln ein gemeinsames Strategiepapier für die Zukunft. Viele Fäden an Überlegungen sollen gebündelt werden, Synergieeffekte dabei genutzt und gemeinsame Ziele formuliert werden. Ein spannender Prozess, in dem wir mittendrin stecken und uns auch die Zeit nehmen, ein wertvolles und verwertbares Ergebnis zu erzielen. Auf die Diskussion an der Sache

freuen wir uns.

Wie wir uns im übrigen auch konzentrieren sollten auf unsere ureigensten Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Hier haben wir genug zu tun. Gesellschaftliche Großthemen und politische Ideologien mögen zuständiger Weise an anderer Stelle grundsätzlich diskutiert werden.

Alle die genannten Aufgaben münden letztlich in dem Gesamtwerk Haushalt 2020.

Wir danken der Finanzverwaltung, unserer Kämmerei, Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, zusammen mit all ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das transparente und hervorragend ausgearbeitete Werk Haushalt 2020.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Stellenplan zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Hebesatz mit 21,0 Punkten zu.

Die CSU-Fraktion stimmt dem Haushalt, dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchten wir, die CSU-Fraktion, uns besonders bedanken bei

- unserem Präsidenten,
der mit hoher Verantwortung, viel Engagement, unermüdlicher Aktivität und hohem politischem Geschick unseren Bezirk leitet
- unseren Vizepräsidenten für den engagierten Einsatz
- bei unserer ganzen Bezirksverwaltung
- bei Ihnen, Herr Dr. Bruckmann, für Ihren tatkräftigen Einsatz und Ihre notwendige Hartnäckigkeit, damit Themen vorankommen
- bei Ihnen, Frau Büllesbach, und der Presseabteilung für ihren großartigen Einsatz
- bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den bezirklichen, klinischen und kulturellen Einrichtungen
- bei unseren Kooperationspartnern, den Freien Wählern und der SPD, für die konstruktive, sachliche Zusammenarbeit
- bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages von Oberbayern, für die Zusammenarbeit im gegenseitigen Respekt

Gemeinsam mit der CSU Fraktion wünschen wir Ihnen allen noch besinnliche Adventstage.

Für das Weihnachtsfest, Friede, Geborgenheit, Zufriedenheit und Zeit in und für Ihre Familie und Gemeinschaften.

Bleiben wir wachsam für die Zeichen der Zeit.

Bleiben wir wachsam, damit unsere demokratisch, freiheitliche Staatsform weiter besteht.

Bleiben wir wachsam und hilfsbereit für die Menschen, die auf der Suche nach einer Herberge für Leib und Seele sind und unsere Hilfe brauchen.

Für das kommende Jahr wünsche ich Ihnen stabile Gesundheit, Kraft, Mut und Freude an unserer Arbeit im Bezirk, dazu klaren Geist, Hoffnung und Zuversicht. Das Wohl unseres Bezirks Oberbayern soll uns am Herzen liegen.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne und lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Martina Neubauer (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Mindestzuführung – kein Problem,
Fallzahlsteigerungen – noch kein Problem,
Schuldenabbau – kein Problem.

Das kommende Jahr ist mit Blick auf die Haushaltssituation auch aus Sicht der GRÜNEN noch ein gutes Jahr. Das liegt an der anhaltend guten wirtschaftlichen Lage in Bayern, speziell in der Metropolregion München. Dass der Hebesatz - auch aus politischen Gründen wegen der bevorstehenden Kommunalwahlen, und wer will schon jetzt Ärger mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten. nicht angehoben werden soll, mag politisch motiviert sein, ist aber in diesem Jahr auch haushalterisch vertretbar.

Wir haben aber durchaus einige Unwägbarkeiten. Unserem Kämmerer Herrn Getzlaff und seinem Team sei an dieser Stelle herzlich gedankt – wir haben uns schon überlegt, ob eine Glaskugel das passende Weihnachtsgeschenk für Ihr Team wäre.

Niemand von uns weiß, welche konkreten Folgen das von allen gewünschte BTHG und das BayTHG haben werden - außer dem bereits bewilligten Stellenaufwuchs, den wir durchaus kritisch sehen, denn: die Hilfe soll bei den Menschen ankommen!

Niemand von uns weiß, was das Angehörigenentlastungsgesetz für Folgen haben wird. Dabei ist es zu begrüßen, wenn Menschen, die zuhause nicht adäquat versorgt und gepflegt werden können, jetzt die Chance auf eine bessere Betreuung in einem Pflegeheim haben. Aber das kann nur dann gelingen, wenn ausreichend Pflegekräfte vorhanden sind. Darauf werde ich später nochmals eingehen.

Niemand von uns weiß, wie die Verhandlung mit der LH München zur Kostenerstattung im nun anhängigen Klageverfahren zur ambulanten Pflege ausgehen wird. Es geht um eine nicht unerhebliche Summe!

Dem Bezirk Oberbayern fällt es auch in diesem Jahr erstaunlich leicht, einen ausgeglichenen, genehmigungsfreien Haushalt zu präsentieren, ohne Kreditaufnahme auszukommen, den niedrigsten Schuldenstand seit Gedenken zu präsentieren und dennoch die zentralen Aufgaben zu bewältigen.

Jedoch: wir schmelzen die Rücklage ab - das können wir uns nur einmal leisten! Die Entwicklung der Umlagekraftzahl in Oberbayern ist beeindruckend: ein Plus von 10,8 und damit eine Steigerung um rd. 798,5 Millionen € auf 8.191.420.00 €.

Wir werden künftig härtere Diskussionen führen müssen, wenn es um die Mittelverteilung für eine solidarische, vielfältige und offene Gesellschaft geht. Eine Gesellschaft, die einige hier im sogenannten Sozialparlament vertretenen Gruppierungen nicht möchten. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, gemeinsam zusammen zu stehen, eine klare Haltung zu zeigen, sich deutlich gegen Rechts zu positionieren und sich für unsere Demokratie einzusetzen. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag der CSU hat der Parteichef der CSU, Markus Söder, seine Partei davor gewarnt, mit der AfD zusammenzugehen oder deren Positionen zu kopieren. Die Bayerischen Bezirke stehen für eine sozial gerechte, offene Gesellschaft!

Bislang ist es nicht gelungen, die Finanzierung der bayerischen Bezirke auf neue Füße zu stellen. Das Spitzengespräch ist erwartungsgemäß enttäuschend ausgegangen. Der Freistaat setzt ande-

re Schwerpunkte und verletzt immer wieder das Konnexitätsprinzip. Hier sehen wir den Bezirkstag in der Pflicht - ein eigener Anteil aus dem Steuerverbund für die Bezirke führt zu Planungssicherheit für alle kommunalen Ebenen! Lassen Sie uns das gemeinsam vorantreiben. Es ist schon nahezu lächerlich, wenn wir bereits spätestens Mitte Januar die Mittel, die für die Aufgabenbewältigung benötigt werden, aufgebraucht haben und die Landkreise und kreisfreien Städte über die Umlage „zur Kasse gebeten werden“. Daher unterstützen wir eine Klage gegen den Freistaat durch den Bayerischen Bezirkstag, die hoffentlich angestrebt und beschlossen wird.

Soziales - eine Steigerung zu 2019 um 170,1 Millionen €

Wir alle wollen, dass die Hilfen bei den Menschen direkt ankommen. Wir werden sehr genau darauf schauen, ob und wie Verbesserungen erzielt werden. Das BTHG und das BayTHG – ein Systemwechsel, den wir alle unterstützt haben. Weg von der Sozialhilfe, hin zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe!

Es ist schon bitter, dass der Hauptanteil der Hilfen für Menschen mit Behinderungen im Erwachsenenbereich immer noch im stationären Bereich liegen und der teilstationäre und ambulante Bereich im Vergleich immer noch kümmerlich sind und das mehr als 10 Jahr nach Ratifizierung der UN-BRK. Auch unsere Bemühungen über Modelle, die insbesondere auch in unserem GSV-Gremium und den zahlreichen Arbeitsgruppen entwickelt werden, sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dass wir beim Bedarfsermittlungsverfahren noch immer nicht weitergekommen sind, ist für alle Beteiligten die schlechteste aller Lösungen. Viele Bundesländer machen vor, wie es gehen kann. Wir müssen das Rad nicht immer neu erfinden und dürfen auch den Rat und die Erfahrung anderer einholen.

Die Forderung aus dem letzten Jahr, endlich die Schulbegleitung neu zu regeln, muss ich leider aufrechterhalten. Es hat sich nichts bewegt. Ganz im Gegenteil: Hier ein jüngstes Beispiel aus meinem Heimatlandkreis Starnberg in dem einem Grundschüler der Besuch der Schule – just am Tag des Heiligen Nikolaus – verweigert wurde, weil seine Schulassistenz erkrankt und die Ersatzkraft von der Schule nicht anerkannt wurde.

Wir meinen es ernst

- mit der Umsetzung der UN-BRK,
- mit dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen,
- mit ambulant vor stationär.

Hilfe zur Pflege

Das Angehörigen-Entlastungs-Gesetz – also der Wegfall der Überleitung der Unterhaltsansprüche dürfte auf jeden Fall zu einer Ausgabensteigerung führen. Der Zuschussbedarf bei der Hilfe zur Pflege wird also nicht nur aus demographischen Gründen zunehmen. Gleichzeitig haben wir durch mehrere Faktoren eine problematische Situation bei den Fachkräften. Mit der Einführung der Generalistik in den Pflegeberufen ist zu befürchten, dass insbesondere in der Altenpflege weniger qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden. Insbesondere in den Regionen, in denen die Lebenshaltungskosten hoch, der Wohnraum teuer und knapp ist, wird es zu noch mehr Engpässen kommen. Allein die Investition in mehr stationäre Pflegeplätze hilft da gar nichts – die können zum Teil schon gar nicht mehr belegt werden, da die Heime die Personalquoten nicht erfüllen.

Kliniken

Grundsätzlich sind die kbo-Kliniken gut aufgestellt, mit einem Mix aus ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen, einem breiten Angebot in den Regionen und das stetige Bemühen um innovative Versorgungs- und Behandlungsmethoden.

Hierfür ein großer Dank an die Leitung und alle Mitarbeitende sowie den Betriebsrat in den Kliniken.

Die Krankenhausfinanzierung unter den Bedingungen des neuen PsychVVG (Gesetz zur Weiter-

entwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen) stellt allerdings die Kliniken vor neue Herausforderungen. Bis jetzt kann niemand sagen, wie sich die neuen Vergütungen auf die Kliniken auswirken werden. Auch wie zukünftig Investitionen finanziert werden sollen, ist völlig ungeklärt. Hier ist die Politik gefragt, Lösungen zu finden.

Auch zur Personalbemessung bleibt aus unserer Sicht das Gesetz hinter den Erwartungen zurück. Statt die Chance zu nutzen und eine Personalbemessung einzuführen, die sich nach dem tatsächlichen therapeutischen und pflegerischen Bedarf für eine Behandlung richtet, deutet nun alles darauf hin, dass es Personaluntergrenzen und damit eine Minimalpersonalausstattung gegeben wird. Dies berücksichtigt jedoch weder den notwendigen Personalmix auf den Stationen noch den Bedarf einer zwangsarmen Psychiatrie.

Eine bedarfsgerechte Versorgung und gute Arbeitsbedingungen werden so nicht erreicht. Stattdessen brauchen wir eine Personalbemessung, die das Notwendige und nicht nur das Mindeste in den Blick nimmt. Deshalb läuft es zu diesem Gesetz auch eine Petition auf Bundesebene, die wir unterstützen.

Energie/Bauen

Wir freuen, dass der Umwelt- und Klimaschutz im Bezirk nun den Stellenwert erfährt, den er verdient und auch benötigt. Sehr spät – auch als Optimistin sehr ich die Zeit davonlaufen – und fordere Sie alle auf, mit Nachdruck, konsequent und prioritär auf allen Ebenen, auf welchen Sie politisch Einfluss nehmen können, den Klimaschutz ganz oben auf Ihre Agenda zu setzen. Lassen Sie uns unsere Entscheidungen immer auch unter Aspekten der Auswirkungen auf das Klima prüfen und nach den besten Alternativen suchen. Ein wichtiger Beitrag ist mit Sicherheit der Beschluss zur CO2-neutralen Verwaltung.

Später, wenn der Antrag hoffentlich mit großer Mehrheit verabschiedet wird, ist ein wichtiges Ziel definiert. Dann beginnen die Hausaufgaben, denn der Willensbekundung müssen nun umfangreiche Maßnahmen und eine konsequente Evaluation folgen. An der Formulierung, der Umsetzung und der Evaluation der Maßnahmen werden wir uns tatkräftig beteiligen.

Handlungsfelder werden u. a. sein:

- Mobilität, über die wir später noch zu sprechen haben.
- weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien
- umweltverträgliches Bauen
- Ökologische Landwirtschaft
- Naturschutz (ist auch wichtig im Hinblick auf das Auslaufen der Dialogreihe zum Hotspot-Projekt der Alpenflußlandschaften): der Verlust der Artenvielfalt geht weiter, und auch wir im Bezirk Oberbayern sind noch stärker gefragt. Deshalb wollen wir die Kommunen und Landkreise unterstützen, vorbildliche Projekte voranzutreiben und diese publik zu machen. Mit einem "Oberbayerischen Tag der Artenvielfalt" wollen wir auf das bewährte und erfolgreiche Modell der Kooperation mit den Kommunen, wie es ja das ZAMMA-Festival im Kulturbereich exzellent durchgeführt wird, auch im Bereich Naturschutz weiterführen.

Erinnerungskultur

Der Arbeitskreis „Erinnerungskultur“, der zunächst nur auf Verwaltungsebene gearbeitet hat, hat seine politische Arbeit aufgenommen. Ich bin optimistisch, dass wir unsere Vergangenheit nun aufarbeiten, den Opfern einen Namen und ihre Würde zurückgeben und den Angehörigen mit Informationen zu Seite stehen.

Kultur- und Heimatpflege

Auch in diesem Jahr können wir in der Gesamtschau sagen, dass der Bezirk Oberbayern in der

Kulturarbeit und Heimatpflege viel Positives bewegt hat. Viele kleine und mittlere Initiativen wurden gefördert, daneben gab es Förder- und Kulturpreise, das ZAMMA-Festival und die fachlich gute Arbeit unserer Einrichtungen, der Verwaltung und der Fachberatungen. Erlauben Sie mir, dass ich einige wenige exemplarisch herausgreife.

Dass sich für das ZAMMA-Festival in unseren Unterlagen nur eine – wenn auch sehr schöne – Bewerbung fand, stimmt nachdenklich. Die Kulturbeauftragte des Bezirks, Frau Kollegin Barbara Kuhn, hat bereits zugesagt, dass sich der Kulturausschuss des Themas annehmen wird. Vielen Dank.

Ich möchte die Wichtigkeit unserer Imkereifachberatung, die große Anerkennung weit über die Grenzen Oberbayerns hinaus genießt, betonen. Das Volksbegehren zur Rettung der Artenvielfalt hat ja eindrücklich gezeigt, wie wichtig das Thema für unser Überleben ist.

Bezirksjugendring

In der Jugendarbeit, die uns sehr am Herzen liegt, gibt es ein gutes, kooperatives Miteinander mit dem Bezirksjugendring. Was fehlt ist die seit langem im Gespräch befindliche Fachstelle gegen Rechts. Dazu hatte ich im vergangenen Jahr bereits Ausführungen gemacht. So wie es aussieht, war der von Prof. Endres moderierte „runde Tisch“ erfolgreich. Unser Ziel: die Multiplikator*innen vor Ort zu unterstützen und zu stärken, um junge Menschen gar nicht erst den Gefahren, der rechten Propaganda auszusetzen.

Fachkräftesicherung und Verwaltung

Fachkräftesicherung – hier gibt es einerseits die Innenschau - wie gelingt es uns, ausreichend qualifizierte und motivierte Mitarbeitende zu finden und zu halten. Aber auch die Einrichtungen müssen sich dieser Herausforderung stellen. Dass ein GSV- Projekt zur Beschlussbehandlung empfohlen und dann den Weg nicht auf die Tagesordnung fand, lässt mich am Sinn und Zweck des Gremiums zweifeln. Solange wir – mehr oder weniger informelle Gremienstrukturen haben – muss sichergestellt sein, dass die Prozesse korrekt laufen. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir uns über die Struktur unterhalten.

Wir verzeichnen – insbesondere durch das BTHG – eine enorme Steigerung im Stellenplan. Häufig können diese Stellen – aus verschiedenen Gründen – nicht besetzt werden. Ein Grund ist sicher der enge Korridor des TvöD. Daher ist es richtig, ebenso wie Landeshauptstadt München und einige Landkreise in der Metropolregion die sog. Großraumzulage zu gewähren. Dass es dazu – lange nachdem im Rahmen einer Fraktionsvorsitzendenrunde bereits konkrete Berechnungen der Verwaltung vorlagen und Herr Präsident als Leiter der Verwaltung bereits mitgeteilt hatte, dass diese eingeführt wird – die Kooperationspartner einen entsprechenden Antrag einreichen, lässt zwei Vermutungen zu:

1. etwas Kreativeres, um endlich einen Antrag einzubringen, ist den Kolleg*innen nicht eingefallen oder
2. Herr Präsident wird in den eigenen Reihen nicht mehr 100 %ig unterstützt.

Neben der Großraumzulage bedarf es aber weiterer Instrumente, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Neben Wohnraum sind das insbesondere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie uvm.

Die nun beauftragte externe Begleitung zur Umstellung auf eine „moderne Sachbearbeitung“ werden wir sehr kritisch begleiten. Es wäre nicht die erste Untersuchung, für die wir viel Geld ausgegeben haben und deren Mehrwert eher mäßig war.

Satzung

Keine Überraschung: wir werden dem Haushalt und dem Satzungsbeschluss zustim-

men.

Dank

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Einrichtungen und Fachberatungen sowie der Kliniken des Bezirks Oberbayern. Danken für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Unser Dank gilt dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat sowie dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Kliniken.

Ihnen allen frohen Festtagen, eine geruhsame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr. Lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben anpacken. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Sepp Hofer (Fraktion FREIE WÄHLER)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrter Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrte Damen und Herren,

zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern mit denen wir alle, unsere Fraktion und ich persönlich zu tun hatten. Auskunft in netter und kompetenter Weise gab es stets. Dafür nochmal ein herzliches Vergelts Gott.

Rekordausgaben sind nur durch Rekordeinnahmen möglich. Und diese verdanken wir den Steuerzahlern, den Unternehmern und den Arbeitnehmern in Bayern, in unseren Landkreisen, in den Kommunen. Menschen, die durch ihren Fleiß und ihre Arbeit zum Wachstum der letzten Jahre beigetragen haben. Auch wir im Bezirk Oberbayern haben viel dazu beigetragen. Wir sorgen uns um unsere über 4,4 Millionen Einwohner, wir investieren in sie durch Fachschulen, Berufsfachschulen, Krankenhäuser, Sozialverwaltungen, kulturelles und vieles mehr. Und das kostet natürlich Geld. Im kommenden Jahr zum ersten Mal über 2 Milliarden Euro. Manchmal frage ich mich, wie geht das weiter – das immer Mehr. Aber fragen wir uns das nicht jedes Jahr, und seit vielen Jahren? Können wir die kommenden Jahre noch stemmen mit unseren hohen Standards, der große Kuchen, die soziale Sicherung, ist schon enorm 1,7 Milliarden. Auch eine immer älter werdende Gesellschaft braucht immer noch mehr Hilfe. Hubertus Heil sagt: Pflege von Eltern soll nicht arm machen. Das neue Bundesteilhabegesetz entlastet sogar Menschen, die unter 100.000 Euro brutto verdienen, so dass sie für ihre Angehörigen nicht mehr bezahlen müssen. Diese Summe X, wo ich auf mehrere Male nachfragen keine Auskunft in unserer Bezirkskämmerei bekommen habe, wieviel das denn ausmachen könnte, werden wir im nächsten Jahr über unsere Rücklagen auffangen. So ist es geplant. Und aus diesem Grund konnten wir den Hebesatz der Bezirksumlage gleich halten. Wieviel diese Summe X ist, wissen wir einfach noch nicht. Gestern habe ich im Landkreis Rosenheim die Haushaltsrede für unsere Fraktion halten dürfen. Von den anderen Kollegen kamen Anmerkungen, der Freistaat möchte doch die Bezirke besser mit Finanzmittel ausstatten, weil es nicht sein kann, dass immer weiter nach unten gepresst wird. Die Kollegen haben natürlich Recht.

Kommen wir zu dem leidigen Thema Schulbegleiter. Ich habe mir hier mehr aufgeschrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann nur sagen, jeder Vorredner, der dieses Thema angesprochen hat, hat natürlich Recht. Es geht nicht gut, aber unsere Fraktion war vor kurzem beim Kultusminister Piazzolo und wir haben das Thema eindringlichst angesprochen, dass sich hier was ändern muss, dass hier korrigiert werden muss.

Ein Höhepunkt war sicherlich, und da kann ich für die Kollegen aus dem Rosenheimer Land sprechen: die Grundsteinlegung des Gemeinschaftsbaus der Rosenheimer RoMed-Kliniken und dem Bezirk Oberbayern auf dem kbo-Gelände in Gabersee. 2012 wurde uns im Kreistag das Modell vorgestellt, und nun vor kurzem die Grundsteinlegung. Für unseren Landkreis, dem Landkreis Rosenheim, natürlich in doppelter Hinsicht eine große Maßnahme. Sichert es doch für die RoMed-Kliniken den Verbund der vier Krankenhäuser den Standort Wasserburg. Ein kleines, kommunales Krankenhaus, eines von vielen, das vielleicht früher oder später weichen hätte müssen. Aber lange Zeit gab es natürlich Vorbehalte bei uns im Landkreis und im Kreistag. Gott sei Dank hat man hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, seinen Verstand wieder zur Vernunft gebracht, wie es Immanuel Kant ausgedrückt hätte. Auch hier bei diesem Gemeinschaftsbau von RoMed und Bezirk Oberbayern ist wieder ein Beweis, dass wir wieder eine sehr gute Hardware geschaffen haben und in 2022 schaffen werden. Wir müssen natürlich auch sehen, diese Hardware mit gutem Personal zu bestücken, was zunehmend schwieriger wird. Aber auch arbeiten wir sehr gut in vielen Bereichen.

Lassen Sie mich noch ein Thema aufgreifen. Es geht um diesen Gemeinschaftsbau bzw. dem Gemeinschaftsvorhaben von Bezirk, Stadt und Landkreis Dachau, dem Arbeiter- und Industriemuseum. Eigentlich sind wir mitten in den Planungen. Vermutlich holt uns aber auch hier demnächst

die Realität ein, wenn die tatsächlichen Kosten der Entsorgung auf dem Tisch liegen. Die meisten von uns erfahrenen Kommunalpolitikern wissen, was Entsorgung heute kostet. Ein Beispiel: in meiner Heimatgemeinde haben wir vor kurzem einen 1,2 km langen Radweg fertig gestellt. Die Entsorgungskosten des Erdaushubmaterials neben einer Staatsstraße liegen momentan bei 480.000 Euro. In Dachau liegen vielleicht nicht nur ein paar Teerbrocken mit Reifenabrieb herum. Wir müssen tatsächlich sehen, wie sich die Dinge entwickeln.

Als sehr positiv und wichtig sehen wir Freien Wähler die Arbeitsgruppe um den ärztlichen Direktor des Isar-Amper-Klinikums Peter Brieger zur Aufarbeitung der Euthanasie-Morde. Am 18.01.2020 jährt sich die erste Deportation von kranken Menschen in die Tötungsanstalt Grafeneck zum 80. Mal. In heilbar und unheilbar wurde seinerzeit eingeteilt und dann gehandelt. Schlimmer geht es nicht. Ganz besonders und ausdrücklich begrüßen wir, die Freien Wähler, die Neubaumaßnahme des Kinderzentrums. Nach langen und oft schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, die Verantwortlichen der Akademie davon zu überzeugen, dass durch den Neubau jeder profitieren wird. Inwieweit auch langfristig die Eigentumsproblematik gelöst werden kann wird die Zukunft zeigen. Der eingeschlagene Weg weist auf jeden Fall in die richtige Richtung und macht Hoffnung, dass auch die noch offenen Fragen zufriedenstellend beantwortet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Sicherlich muss man nicht in allen Fragen einer Meinung sein. Das gehört zum politischen Diskurs. Das Entscheidende ist aber, dass wir etwas auf den Weg gebracht haben. Die Erfolge im Bereich Inklusion zeigen, dass dies der richtige Weg war. Ich glaube, gerade mit unserem laufenden Projekt, Bezirk 2030+, haben wir einen sehr guten Weg, einen nachhaltigen Weg eingeschlagen, uns auf allen Wegen zu verbessern. Ein Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die hier so engagiert mitarbeiten.

Wir, die Freie Wähler Fraktion, werden dem Haushalt natürlich zustimmen, weil er uns sehr plausibel erscheint, weil wir ihn für plausibel halten.

In diesem Sinne darf ich Ihnen und Ihren Familien daheim im Namen der Freien Wähler Fraktion gesegnete Weihnachten wünschen und ein gutes neues Jahr. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit und bleibt's alle gesund, denn das ist das Allerwichtigste.

Dankeschön.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Helga Hügenell (Fraktion SPD)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrtes Präsidium,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Lassen Sie mich bevor ich auf den Haushalt 2020 eingehe eine Grundbemerkung machen. Die steigende Zahl rechtsradikaler, antisemitischer und die Übergriffe gegen Schwächere, wie eben u.a. auch Menschen mit Behinderungen ist erschreckend und schockierend. Dem müssen wir auch als Bezirkstag wo wir können gegensteuern. Dies können wir nicht hinnehmen.

Ich werde nun im Namen der SPD Fraktion zum Haushalt 2020 Stellung nehmen. Allerdings werde ich nicht auf alle Themen und Beschlüsse in Richtung 2020 eingehen, diese hat unsere Fraktion in den Ausschüssen mitgetragen und somit auf den Weg gebracht.

Als erstes geht unser Dank an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie das ganze Team, aber auch an alle Verhandlungspartner/innen in den Referaten und Einrichtungen für das Verständnis, dass nur maßvolle Erhöhungen bei der aktuellen Haushaltssituation möglich sind. Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff haben unserer Fraktion die Planungen vorgestellt und erläutert, ebenso die Unwägbarkeiten benannt und unsere Fragen hinreichend beantwortet.

Der vorliegende Haushalt sieht eine Entnahme aus der Rücklage von 46,7 Millionen vor, damit schmilzt die Rücklage auf 24,6 Millionen ab, um die Umlage bei 21% stabil zu halten. Wir haben den Höchststand der Umlagekraftzahl erreicht und dadurch bei gleichbleibendem Hebesatz Mehreinnahmen von 167,6 Millionen. Im Investitionshaushalt sind genügend Gelder für Planungen und Baumaßnahmen eingestellt.

Positiv sei erwähnt, dass wir weiter Schulden abbauen. Der Schuldenstand zum Ende 2019 beträgt 4,6 Millionen, geplant zum Ende des Jahres 2020 1,2 Millionen. Nur zur Erinnerung: die Schulden lagen im Jahr 2005 bei 135 Millionen, Schuldenabbau ist richtig und gut, trotz politischer ausweitender Entscheidungen.

Bitter ist, dass sich die Zuweisung der FAG Mittel für den Bezirk Oberbayern um 39,6 Mill. im Vergleich zum Jahr 2019 reduzieren. Im Haushalt 2020 rechnen wir mit 47,6 Millionen. Die FAG Mittel müssen deutlich angehoben werden – entsprechend der steigenden Pflichtaufgaben und der damit verbundenen Ausgaben der bayerischen Bezirke, es braucht andere Steuerungsmechanismen, z.B. in Form der Beteiligung der Bezirke an Steuereinnahmen.

Die Verhandlungen mit den Kommunen hinsichtlich der Umlage in Blick auf 2021 werden sicherlich schwieriger, aber man muss die Entlastung sehen Verschiebung der Kosten für ambulante Hilfe zur Pflege zum Bezirk und die Verteilung der 5 Milliarden ab 2018 an die Kommunen ohne finanzielle Entlastung der Bezirke.

Zum Projekt OBB. 2030 plus

Die Verwaltung hat ihre Vorstellungen eingebracht. Ebenso die Politik ihre Schwerpunkte benannt. Es ist vernünftig, dass der zeitliche Druck herausgenommen wurde und wir ausreichend Zeit für ein gutes Zukunftskonzept haben, das dann hoffentlich von vielen im Bezirkstag mit getragen wird.

Im Bereich des Einzelplans 4 Soziales und Jugend steigen die Ausgaben um 170,1 Millionen, dies ist zum einen der allgemeinen Kostensteigerung geschuldet als auch den steigenden Fallzahlen. Ebenso die Neuregelungen ab 01.01.2020 hinsichtlich der Anhebung der Freigrenzen für Einkommen und Vermögen im BTHG zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Bereichen von Menschen mit Behinderungen. Künftig ist die Eingliederungshilfe keine Sozialhilfeleistung mehr, sondern Teilhabeleistung. Das wir politischen auch wollten. Ob sich die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöht lässt sich schwer ermitteln.

Eine Auswirkung des BTHG ist auch, dass künftig 2 Bescheide erlassen werden müssen – Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen für Menschen mit Behinderung in Wohneinrichtungen, dies bedeutet einen hohen Personal- und Verwaltungsaufwand, sowohl in der Sozialverwaltung als auch bei den Einrichtungen.

Die Berichte im Sozialausschuss zeigen, dass die Sozialverwaltung sich frühzeitig mit den anstehenden Veränderungen beschäftigt hat und gut vorbereitet ist.

Die damit verbundenen erheblichen Stellenmehrungen tragen wir natürlich mit und ebenso die vorübergehende notwendige Anmietung neuer Büroflächen.

Hinsichtlich der Hilfe zur ambulanten Pflege, die wir ja ab dem Jahr 2020 eigenständig prüfen, hoffen wir und dies begleiten wir kritisch, dass es für Einzelne nicht zur Absenkung der bisherigen Standards kommt. Wegen unterschiedlicher Lebenssituationen im ländlichen und im städtischen Raum braucht es eine sensible Sicht. Ziel muss es weiterhin sein ambulant vor stationär - Selbstbestimmung.

Auch eine Fallzahlen- und Kostensteigerung bei der Hilfe zur Pflege im stationären Bereich ist zu verzeichnen, weil sich immer weniger Menschen aus eigener Kraft die hohen Pflegekosten im Heim leisten können und die Pflegesätze steigen. Der Freistaat sollte wieder Investitionskostenzuschüsse im Bereich Pflege- und Altenheime gewähren, dies würde die Pflegesätze senken und damit auch den Bezirkshaushalt entlasten oder auch eine Verbesserung in der Pflege ermöglichen. Wie sich das im Bundestag und Bundesrat beschlossene Angehörigenentlastungsgesetz künftig für den Bezirk finanziell auswirkt, kann im Moment noch gar nicht abgeschätzt werden. Basierend auf den bisherigen Daten fallen Erstattungen von 2,5 Millionen weg.

Der Aufbau von Pflegestützpunkten mit Sonderweg für Oberbayern ist endlich möglich als Schnittstelle Bundesteilhabegesetz und Pflege. Die Entscheidung freiwillig Beratungsangebote zu Leistungen des Bezirks in Pflegestützpunkten anzubieten halten wir für notwendig.

Ein weiterer Anstieg ist bei den Ausgaben für Schulbegleiter*innen in den unterschiedlichen Schulformen zu verzeichnen. Eltern nehmen dieses Angebot zunehmend in Anspruch, weil dadurch eine Beschulung an einer Regelschule ermöglicht wird. Dies ist positiv und ein Schritt zur Inklusion. Es scheint wohl immer noch große Engpässe bei Schulbegleiter*innen zu geben, dies müssen wir uns genauer anschauen. Jetzt wiederhole ich mich – aber es muss gesagt werden. Schulbegleiter sollten Teil der personellen Schulausstattung sein, ebenfalls wie die benötigten Hilfsmittel – das wäre inklusiver Schulunterricht und ein Beitrag des Kulturministeriums zu „Bayern barrierefrei“. Dabei geht es gar nicht alleine um die Kosten, sondern was eine vernünftige Lösung zum Wohle der Kinder ist. Zur Inklusion gehören auch dezentrale Wohnformen für Menschen mit Behinderung, sicherlich gelingt es an einigen Stellen, aber leider hat sich die Situation für Menschen mit Behinderung am Wohnungsmarkt nicht wirklich verbessert eher verschlechtert. Hierfür braucht es Kooperationen mit den Kommunen und wir müssen als Bezirk selber einen Beitrag leisten, daher wird dies bei den Planungen Bebauung Haar mitberücksichtigt.

Das Budget für Arbeit gestaltet sich immer noch schwierig nach den Berichten der Sozialverwaltung, Teilhabe am 1. Arbeitsmarkt für Werkstattgänger. Probleme gibt es immer noch mit der Rentenversicherung hinsichtlich der Ansprüche bei Wechsel zurück in die Werkstatt, dies muss gelöst werden.

Der psychiatrische Krisendienst ist aus unserer Sicht ein großer Erfolg, die Zahlen sprechen für sich, um den Menschen in Oberbayern bei einer plötzlichen psychiatrischen Krise unterstützend zur Seite zu stehen ohne Stigmatisierung. Auch die Bahn zeigt inzwischen Interesse an einer Plakatwerbung für den Krisendienst. Die Kosten für die Leitstellen sollen ja im Rahmen des PsychKHG übernommen werden und eine enge Zusammenarbeit der Leitstellen ist geplant, was auch richtig ist aus unserer Sicht. Es soll ja eine einheitliche kostenlose Rufnummer für ganz Bayern geben, allerdings stellt sich die Frage wer die Kosten dafür trägt. Im pauschalfinanzierten Bereich kann in einigen Bereichen ein Ausbau stattfinden, unter anderem auch bei den Zuverdienstarbeitsplätzen für psychisch Kranke, wenn auch vielen Anträgen auf Ausweitung oder Neuschaffung nicht stattgegeben werden konnte. Dieses Thema müssen wir im nächsten Jahr noch behandeln. Probleme gibt es wohl immer noch bei der zeitnahen Leistungsabrechnung für Einrichtungen, dies ist bekannt, da können wir sicherlich 2020 besser werden.

Nun noch eine Einlassung zur Kostenerstattung für Junge Volljährige, diese wird uns auch im Jahr 2020 beschäftigen – hierfür sind im Haushalt 59,1 Millionen eingestellt. Wir rechnen zwar wieder mit einer Erstattung vom Freistaat, aber der Anteil entspricht nicht einmal den anfallenden Kosten bei einer Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft und eine Erstattung erfolgt nur bis zum 21. Lebensjahr. Die Ausgaben beim Freistaat für die Minderjährigen sinken weiter. Dem Freistaat wäre es durchaus möglich die gesamten Kosten der Volljährigen zu tragen. Der Bund stellt den Ländern in dem Bereich viel Geld zur Verfügung. Wir als SPD bekräftigen unsere Aussage: Junge Flüchtlinge brauchen eine gute und passgenaue Versorgung und Betreuung. Die Hilfeplanung muss auch weiterhin bei den Jugendämtern gemeinsam mit den Trägern bleiben. Dies ist eine Investition in die Zukunft, da die Folgekosten sicherlich viel höher wären. Es verbleiben ja auch nur ein Teil in der Jugendhilfe.

Die Einsetzung des Projekts PINO zur Gewinnung von Personal für zu betreuende Personen in Intensivwohngruppen halten wir für sehr dringend geboten, da wir eigentlich mehr Wohngruppen bräuchten. Auch muss überlegt werden, wie den Bewohner*innen eine Teilhabe in Form einer Beschäftigung im Rahmen der Tagesstrukturierung ermöglicht werden kann.

Unsere Sozialverwaltung hat große Herausforderungen gemeistert: Übernahme der Hilfe zur amb. Pflege und die stufenweise Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Wichtig ist uns als SPD Fraktion, dass die Betroffenen passgenau und zeitnah ihre Leistungen bekommen. Bei Beschwerden die an uns als Politiker*innen herangetragen werden, erleben wir unsere Sozialverwaltung lösungsorientiert und offen und sie nehmen die Beschwerden sehr ernst. Zum Abschluss der Dank namentlich an Herrn Bertenbreiter und Frau Zieglmaier und allen Mitarbeiter*innen für die gute Vorbereitung und Zuarbeit.

Kommen wir zum Bereich Kultur, Schulen und Jugend

Wir als SPD Fraktion stehen für eine Kultur- und Heimatpflege, die Traditionen bewahrt, sich aber auch dem gesellschaftlichen Wandel unter anderem durch Zuwanderung stellt und eben auch inklusiv ist.

Unsere Kultureinrichtungen machen sich ebenfalls auf einen inklusiven Weg und stellen sich den gesellschaftlichen Veränderungen. Die Erhöhung der Mittelzuweisung an den Bezirksjugendring halten wir für notwendig, wenn auch für 2020 wieder moderat. Der Bezirksjugendring ist ein wichtiger Partner bei der Umsetzung des oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramms. Die Herausforderungen in der Jugendarbeit sind groß. Der runde Tisch Jugendbildung hat erste Festlegungen getroffen: die oberbayerische Kinder- und Jugendkommission tagt künftig 3 x mal jährlich um auch inhaltlich die Jugendarbeit politisch zu begleiten, die Jugendbildungsstätten nehmen an Sitzungen teil, Jugendbildung muss deutlich ausgebaut werden.

Wir als SPD halten an der interfraktionellen Arbeitsgruppe Arbeiter- und Industriekultur fest zur Begleitung der Umsetzung eines Arbeiter- und Industriekulturmuseum am Standort Dachau. Unser Wunsch ist es, dass im nächsten Jahr die Festlegungen konkreter werden und damit eine Realisierung näher rückt. Wir unterstützen dies als SPD ausdrücklich.

Ferner möchte ich kurz auf das Volksmusikarchiv eingehen. Es war eine gute Entscheidung den Ankauf des angrenzenden Gebäudes zu beschließen, dies ermöglicht einen Ausbau und eine Öffnung für die Bevölkerung.

Noch ein paar Sätze zum Zukunftskonzept Kloster Seeon

Die Hotelauslastung hat sich weiter positiv entwickelt – Überschüsse werden in notwendige Sanierungen investiert. Die Hackschnitzelheizung geht im Frühjahr 2020 in Betrieb, dies ist ein wichtiger Schritt zur Nachhaltigkeit durch regionale Brennstoffe, örtliche Waldbauern sollen als Lieferanten zum Zuge kommen, kurze Transportwege. Der Rundweg um das Kloster ist auch für die örtliche Bevölkerung geöffnet, dies ist sehr positiv. Im Jahr 2020 wird die dringend notwendige Sanierung der Küche in Angriff genommen. Für das Jahr 2021 ist schrittweise Sanierung der Zimmer geplant,

um sie auf den heutigen Standard zu bringen.

Arbeitsgruppe: Ökologie und Umweltschutz

Das Thema Klimaschutz und Ökologie muss im Bezirk als Querschnittsaufgabe gesehen werden und alle Bereiche im Fokus haben. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen, nach der

Bestandsaufnahme, welche Maßnahmen bereits bestehen, müssen weitere Maßnahmen angegangen werden.

Die Förderung der Olympicspirits sehen wir als wichtiges politisches Signal.

AK Erinnerungskultur

Die Aufarbeitung des leidvollen Themas Euthanasieopfer ist gerade für die Angehörigen sehr wichtig. Die Hartheim Deklaration wurde in weiten Teilen vom Bayerischen Bezirkstag als wichtiges Signal beschlossen. Die Forderung nach einem bundesweiten Gedenktag am 18. Januar ist schwierig. Die Forschungsarbeit für einen 2. Band – Euthanasieopfer in Oberbayern wurde bewilligt. Damit ist ein wichtiger Schritt zu weiterer Aufarbeitung getan.

Ein Erinnerungspfad auf dem Gelände des Klinikums Ost wäre eine weitere Möglichkeit als Zeichen der Erinnerung.

Personelle Entwicklung:

Im Bezirk wird Inklusion gelebt – dies soll auch bei unseren Beteiligungen zur Anwendung kommen, entsprechend dem Leitbild Inklusion, dies erfüllen wir auch mit einer sehr hohen freiwilligen Schwerbehindertenquote in der Bezirksverwaltung.

Ferner haben wir die Zahl der Ausbildungsplätze auf 120 zur Personalgewinnung gesteigert.

Die beschlossene Großraumzulage und der Fahrkostenzuschuss sind unerlässlich um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen kommunalen Arbeitgebern zu halten, auch wenn es Mehraufwendungen von 2.3 Millionen bedeutet.

Für uns ist eine soziale und verantwortungsvolle Personalpolitik wichtig.

Um all den skizzierten Ausweitungen und den steigenden Anforderungen, wie auch Fallzahlsteigerungen gerecht zu werden, ist insbesondere in der Sozialverwaltung eine entsprechende Personalausstattung notwendig um einen guten Service für unsere Kund*innen vorzuhalten und andererseits die Arbeitsbelastung unserer Beschäftigten möglichst optimal zu gestalten. Wir tragen daher die Personalstellenmehrungen mit – 137 neue Stellen davon 67 mit Sperrvermerk.

Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum durch das bezirkliche Wohnungsunternehmen ist ein wichtiger Anreiz bei der Personalgewinnung. Ebenso die beschlossenen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und die Aufstiegschancen.

Hinsichtlich der Investitionen in Baumaßnahmen:

Dazu braucht es eine vorausschauende Investitionskostenpolitik mit einem Mehrjahresinvestitionsprogramm, dies wurde/wird in unserer Kämmerei hervorragend gesteuert gemeinsam mit der Bauabteilung. Bei Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass eine zukunftsweisende ökologische Bauweise zum Einsatz kommt, auch wenn dadurch die Kosten etwas höher sind und eben auch die Barrierefreiheit. Lassen Sie mich nun auf einige Bauvorhaben eingehen.

Die Sanierung des Werkstattgebäudes Johanneskirchen wurde in dem Jahr fertiggestellt und die Eröffnung gefeiert. Der Zeitplan wurde eingehalten. Damit wurde ein Ort für funktionelles Lernen und Arbeiten geschaffen. Der Neubau der Remise auf der Glentleiten wurde beschlossen.

Sehr bedauerlich ist es, dass wir beim Neubau der Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt immer noch nicht weiter sind hinsichtlich Realisierung. Wir hatten uns ja durch die Bauvoranfrage erhofft, dass Bewegung in die Sache kommt. In 2020 muss es endlich zu einer Entscheidung kommen.

Entweder am jetzigen Standort, den wir favorisieren, dann könnte das Schwimmbad, die Turnhalle und Außenflächen weitergenutzt werden oder an einem Alternativstandort.

Wir haben ja die Planungen auf den Weg gebracht – für unsere bezirkseigenen Grundstücke in Haar, zum einen wegen der Schaffung von dringend benötigten Verwaltungsräumlichkeiten, Schaffung von Wohnraum für Mitarbeiter*innen und eben auch mitgedacht Wohnraum für Menschen mit Behinderung - wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Eine baldige Realisierung wäre wünschenswert

Dazu kommen noch eine Reihe von Bauprojekten beim Kommunalunternehmen.

Dies ist eine gewaltige Herausforderung und Leistung unserer Bauverwaltung.

Bevor ich jetzt zum Abschluss noch auf das Kommunalunternehmen eingehe, noch eine Anmerkung zum beschlossenen Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ist jetzt seit einem Jahr in Kraft.

Ein Teilbereich ist der bayernweite Aufbau des psychiatrischen Krisendienstes – wir waren da ja Vorreiter in Oberbayern. Wir haben hohe Standards, die dürfen nicht reduziert werden durch einen bayernweiten Ausbau.

Im Jahr 2020 sehen wir es als geboten, eine erste Bilanz zu ziehen, ob es für die Betroffenen dienlich ist und wo eventuell nachgebessert werden muss.

Nun zum Kommunalunternehmen

Die Petition für eine gute stationäre Psychiatrie wird von einem breiten Bündnis aus der Selbsthilfe, den Angehörigen, den Berufs- und Klinikverbänden getragen. Eine Unterstützung ist noch bis 24.12.2019 möglich es geht um die neuen Personalrichtlinien die zum 01.01.2020 in Kraft treten sollen

Diese sehen ein kleinteiliges stationsbezogenes Personalnachweisverfahren vor, dies ist mit einem extrem hohen Bürokratieaufwand verbunden, statt Zeit für die Patientinnen und Patienten zu haben. Längst gehören stationsübergreifende Therapien zu einer modernen psychiatrischen Versorgung, dies gilt im Übrigen auch für die Pflege. Wir brauchen eine qualitätssichernde Personalausstattung, keine Personalmindestvorgaben. Dies trifft besonders regionale Pflichtversorgungskliniken wie eben die unseres kbo's, auch wenn sie sich an Modellprojekten nach SGB V ausgerichtet haben. Eine Überbelegung wird bestraft, aber das macht eine Notfallversorgung schwierig, daher meine Bitte: unterstützen Sie die Petition.

Das Kommunalunternehmen unternimmt viele Anstrengungen und legt Wert darauf, die Stigmatisierung von psychisch Erkrankten abzubauen.

Das kbo hat sich auch mit dem Thema Bezirk – kbo 2030 plus in einem 2-tägigen Workshop beschäftigt. Themen u.a. Digitalisierung, Personalsituation und Schaffung einer Akademie also einer Langfristplanung und Stärkung für die Zukunft. Wir hoffen, dass auch unsere Überlegungen zu 2030 plus einfließen.

Schwerpunkt waren im vergangenen Jahr wieder vielfältige Baumaßnahmen, u.a. im Klinikum Ost die Eröffnung des Medizinizentrums für Erwachsene mit Behinderung. Es stellt eine ambulante Ergänzung der bisher bestehenden Regelversorgung durch niedergelassene Ärzte für Patientinnen und Patienten dar, die aufgrund der Art, Schwere oder Komplexität ihrer Behinderung eine besondere Diagnostik und Behandlung benötigen. Ein besonderes Kennzeichen ist die enge Zusammenarbeit der Neurologie und der Psychiatrie. Damit wurde eine Versorgungslücke geschlossen. Nach zähen Standortverhandlungen kann das kbo Kinderzentrum Großhadern endlich umgebaut bzw. neu gebaut werden. Falls es durch die Verzögerungen zu Kostensteigerungen kommt muss der Bezirk ggf. die Bezuschussung erhöhen.

Die Weiterführung der Dezentralisierung und die Schaffung alternativer Behandlungsmethoden stehen im Mittelpunkt. Da eine ständige Erweiterung der stationären Behandlungsplätze zwar erforderlich wäre, jedoch nicht zielführend sein kann, wird das Angebot vermehrt mit Tageskliniken und Institutsambulanzen ergänzt und auf mobile Teams - Hometreatment gesetzt.

Das Kommunalunternehmen ist finanziell noch gut aufgestellt und für die Anforderungen der Zukunft gerüstet, wenn auch die Überschüsse rückläufig sind durch das neue Abrechnungssystem, was den Spielraum für Investitionen und den Ausbau erschweren kann. Dies müssen wir im Blick behalten. Diese zukünftigen Anforderungen sind jedoch nicht zu bewältigen, wenn nicht das ent-

sprechend qualifizierte Personal zur Verfügung steht. Die Personalpolitik muss darauf ausgerichtet sein, dieses auch zu fördern und zu halten. Um dringend benötigtes neues Fachpersonal zu gewinnen wurden bereits Personalgewinnungsinstrumente entwickelt, z.B. die Bereitstellung von Wohnraum, Gesundheitsmanagement, Fort- und Weiterbildungsangebote und Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Uns ist es daher sehr wichtig, dass die gute Personalpolitik auch in Zukunft weitergeführt wird.

Stellvertretend das Dankeschön an Herrn Spukti und Frau Dr. Borrmann-Hassenbach, bitte geben Sie diesen Dank an die Beschäftigten weiter.

Wir, die SPD Fraktion, sind der Auffassung, dass wir im Bezirkstag gute Entscheidungen getroffen haben, auch in Blick auf das Jahr 2020, gute Vorhaben planen und neue Akzente in Richtung Inklusion gesetzt haben und setzen werden, aber große Herausforderungen sind sicherlich die Ausgestaltung und die weitere Umsetzung des BTHG's, Personalgewinnung- und -haltung und eben auch der Klimaschutz und die Ökologie in Oberbayern.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2020 in der vorliegenden Fassung zu.

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken und in unseren Einrichtungen, sowie bei unseren Partner*innen für ihren großen Einsatz, der dazu beigetragen hat die Anliegen und Aufgaben des Bezirks im Jahr 2019 zu bewältigen und auch die Zukunft in Oberbayern zu gestalten. Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein geruhsames Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Unser Dank geht auch an den Bezirkstagspräsidenten, die Koop-Partner*innen und die Bezirkstagskolleg*innen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen ruhige und friedliche Weihnachten, für Sie alle persönlich ein gutes neues Jahr. Ein Jahr mit vielen politischen Herausforderungen und Entscheidungen neigt sich dem Ende zu. Trotz der Parteienvielfalt im Bezirkstag und der politischen Unterschiede wünschen wir uns für das Jahr 2020 eine konstruktive politische und wertschätzende Zusammenarbeit, sachorientiert zum Wohle der Bürger*innen in Oberbayern – und den Anliegen des Bezirks.

Zum Schluss noch ein Zitat – das Geheimnis der Weihnacht von mir ergänzt im Leben besteht darin, dass wir auf unserer Suche nachdem Großen und Außerordentlichen auf das Unscheinbare und Kleine hingewiesen werden

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Martin Wieser (Fraktion AfD)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident Mederer,
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Els,
sehr geehrtes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für die AfD-Fraktion bedanke ich mich zunächst bei allen Mitarbeitern des Bezirks für die Mitwirkung bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs 2020. Unser besonderer Dank gilt hierbei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, für die transparente Haushaltsvorstellung innerhalb der Fraktion.

Unser Dank gilt auch allen Mitarbeitern des Bezirks Oberbayern, seiner Einrichtungen und Kliniken für Ihr Engagement und Ihren Einsatz.

Die Bezirksumlage bleibt im Jahr 2020 trotz steigender Ausgaben stabil bei 21 Prozentpunkten. Diese Nachricht dürfte die Landkreise und kreisfreien Städte sicher gefreut haben, auch unsere Fraktion hat diese Mitteilung sehr positiv aufgenommen.

Besonders erfreulich ist aus unserer Sicht auch, dass der Bezirk erneut keine Kredite aufnimmt und die guten Umlagekraftzahlen nutzt, um einen weiteren Schuldenabbau zu tätigen.

Die aktuelle Steigerung der Umlagekraftzahlen, zu der Ingolstadt maßgeblich beigetragen hat, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die erwarteten Steuereinnahmen in den nächsten Jahren voraussichtlich wieder sinken werden. So hat die dort ansässige Audi AG angekündigt, in nächster Zeit 7.500 Stellen abzubauen.

Die Automobilindustrie ist der Schlüssel unseres Wohlstandes und auch eine nicht unerhebliche Einnahmequelle für unseren Bezirk. Batterieelektrische Fahrzeuge werden keine Mobilitätswende herbeiführen, sie werden auch nicht, wie fälschlicherweise behauptet, zu einer Reduzierung von Emissionen beitragen. Einzig und allein die Wertschöpfung unserer Industrie wird einbrechen.

Als Folge wird der Bezirk nicht mehr in der Lage sein, seine originären Aufgaben zu erfüllen bzw. nur mit massiver Anhebung der Bezirksumlage. Mit den Steuergeldern der Bevölkerung sollte umsichtig und aufgabengerecht umgegangen werden. Der Bezirk muss Rücklagen aufbauen und einen Plan entwickeln, wie auf sinkende Einnahmen reagiert werden kann.

Ein Beispiel dafür, dass manche Vorhaben an den grundlegenden Aufgaben des Bezirks vorbeigehen, ist die Umstellung des Fuhrparks auf batterieelektrische Fahrzeuge zur Erreichung einer angeblichen „CO2-Neutralität“. Solange Strom nicht im Überfluss vorhanden ist, wie z. B. in Norwegen, werden Elektrofahrzeuge einen CO2-Nachteil haben. Rohstoffabbau für Batterien, wie Kobalt oder Lithium, führen gerade in der 3. Welt zu massiven Umweltschäden. Berichte über die Kinderarbeit im Kongo, in denen auf massiv gesundheitsschädliche und lebensgefährliche Bedingungen hingewiesen wird, werden aber ignoriert. Nur damit wir hier vor Ort, vermeintlich bessere Umweltbedingungen haben. Moral sieht anders aus, meine Damen und Herren.

Aus diesen Gründen hat unsere Fraktion am 05.11.2019 den Antrag gestellt, dass der Bezirk auf die Umstellung des Fuhrparks auf E-Mobilität verzichten möge. In der Beschlussvorlage zu unserem Antrag des heutigen Plenums ist jedoch schon im Vorfeld vermerkt worden, dass dieser Antrag abzulehnen sei. Dieses Vorgehen wirft an sich schon mehrere Fragen auf. Als Begründung wird unter anderem genannt, dass es das Ziel des Bezirks sei, „mit dem Betrieb von E-Autos ... einen Gebrauchtwagenmarkt zu fördern“, um „preiswertere gebrauchte Fahrzeuge mit E-Antrieb auf den Markt zu bringen“. Wir fragen uns, ob hier nicht die eigentlichen Aufgaben des Bezirks aus dem Blickfeld geraten sind und öffentliche Gelder zweckentfremdet werden.

Die im Einzelplan 4 „Soziales und Jugend“ stark gestiegenen Ausgaben sind auf wesentliche Leistungsverbesserungen im Bundesteilhabegesetz und auf das Angehörigen Entlastungsgesetz zurückzuführen.

Trotz erfreulicher Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen, Pflegbedürftige und deren Angehörige, sowie Menschen mit seelischen Erkrankungen, sind aus Sicht unserer Fraktion der Freistaat Bayern und der Bund stärker gefordert, sich an den Kosten der Leistungsverbesserungen zu beteiligen.

Auch im Bereich der Jugendarbeit stellt der Bezirk umfangreiche Gelder für politische Bildung bereit. Diese hat jedoch neutral und möglichst objektiv zu sein und muss somit alle relevanten Gesichtspunkte aufgreifen. Eine einseitige Manipulation oder sogar Indoktrination der Zielgruppen ist zu unterlassen.

Auch im Bereich der Kosten für unbegleitete, bereits erwachsene Flüchtlinge gibt es seitens des Freistaates Bayern immer noch keine Zusage, diese Kosten vollständig zu übernehmen. Diese Kosten müssen aus Sicht unserer Fraktion vollständig auf Bundes- und Landesebene übernommen werden.

Mit seinem Haushalt 2020 in Höhe von 2,1 Milliarden Euro leistet der Bezirk einen großen und wertvollen Beitrag im Bereich der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Menschen in Oberbayern. Dies begrüßt und befürwortet unsere Fraktion sehr.

Dem Haushalt 2020 wird unsere Fraktion daher zustimmen, obwohl wir hier nochmal deutlich machen, dass wir die Unterstützung von Kinderarbeit, die Umweltverschmutzung beim Abbau von Rohstoffen der Fahrzeugbatterien und die Subventionierung des Elektrofahrzeug Gebrauchtwagenmarktes strikt ablehnen.

Wir, die Fraktion der AfD, sind gemäß dem Wählerwunsch nunmehr seit einem Jahr im Bezirkstag Oberbayern vertreten. Die AfD-Fraktion wird sich hier weiterhin konstruktiv einbringen im Sinne der Bezirksbürger, die uns gewählt haben. Wir sind gespannt, ob dies Gehör finden wird. Es wäre jedoch ein Armutszeugnis für eine demokratische Institution, Vorschläge aus rein parteipolitischen Gründen abzulehnen, obwohl diese zu Verbesserungen im Leben der von uns allen vertretenen Menschen in Oberbayern führen würden.

Im Namen der Fraktion wünsche ich Ihnen nun allen frohe Festtage und ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt (Fraktion FDP)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

zum Zahlenwerk des Haushaltes ist schon viel gesagt worden, da kann und brauche ich nicht mehr auf die Details eingehen. Aber für die Genauigkeit und die wieder mal ganz ausführliche, bestens vorbereitete Darstellung und Erläuterung in der Fraktion der FDP darf ich mich ganz herzlich bedanken, auch wenn ich selbst leider nicht dabei war. Die Genauigkeit ist jedes mal wieder sehr faszinierend. Wenn man jetzt auch im Entwurf sieht, mit welchen Abweichungen wir im Gesamtvolumen für 2019 insgesamt unterwegs sind, dann ist es jedes mal wieder ein hochbeachtliches Werk, wie man zu dieser Genauigkeit kommen kann.

Die Herausforderungen, die ab 2020 auf uns zurollen, sehe ich vor allen Dingen im Bereich Trennung und Fachleistung. Ich persönlich und wir in der Fraktion sehen es durchaus sehr kritisch, dass hier ein Bürokratieaufbau entwickelt wird, der überhaupt keinen Mehrwert für die Betroffenen bedeutet. Das ist sehr, sehr bedauerlich, allerdings durch die Gesetzgebung von uns so gefordert. Wir sind jedoch der Meinung, dass es hierzu auch andere und innovativere Lösungen gibt als alles immer nur weiter wie gehabt aufzubauen. Ob Personal, oder auch die damit zusammenhängenden Räumlichkeiten, die gesamte Ausstattung. Wir spekulieren eigentlich auf eine sehr viel innovativere Lösung, in dem einfach insgesamt die Verwaltung digitalisiert, die erforderlichen Maßnahmen dazu ergreift. Dazu zählt auch, dass wir eine zukunftsfähigere Infrastruktur haben und mit unserem Rechenzentrum nicht durch irgendwelche Prüfungen als nicht besonders zukunftstauglich eingestuft werden. Das ist keine Zukunftsfähigkeit, wie wir sie uns vorstellen.

Wir wollen an der Stelle auch ermahnen, dass endlich unbedingt ein funktionierendes Prozessmanagement in einer so großen Behörde etabliert gehört, damit eine Einheitlichkeit in den Entscheidungswegen garantiert wird. Dass hierfür nach wie vor keine technische Unterstützung eingeführt worden ist, halten wir für einen sehr großen Mangel, der auch in den Zukunftsprojekten noch nicht erkennbar angegangen wird. Deswegen werden wir an dieser Stelle, auch im Rahmen des mehrfach zitierten Projekts 2030+ uns intensiv dafür einsetzen, dass endlich übliche und zwingend notwendige Standards eingehalten und eingeführt werden. Die schon mehrfach angesprochenen Problematiken in der Konnexität unseres Finanzsystems in den Aufgaben des Bezirkes ist für die FDP ein uraltes Thema. Wir fordern schon sehr, sehr lange, dass endlich eine Gleichmäßigkeit der Finanzierung über alle in der Gesetzgebung beteiligten Ebenen erfolgt. Das heißt, dass Bund, Land und Kommunen gleichwertig ein gesamtgesellschaftliches und gemeinschaftliches Ziel haben. Stattdessen muss man jetzt wieder beim aktuellen BTHG2 als lapidare Erklärung für die Finanzierung lesen, das kostet dem Freistaat nix, das regelt sich über die Umlage. So macht man es halt nicht richtig. Wir unterstützen jede Initiative, die in der Richtung eine Veränderung anstoßen will und ich kann nur appellieren, dass unsere Landtagsfraktion hier selbstverständlich für alle Initiativen zur Verfügung steht, dieses Finanzierungssystem endlich gerecht zu machen.

Wir wollen auch im Zusammenhang mit der anstehenden Ambulantisierung einen neuen Ansatz geben und animieren, dieses vielleicht auch gemeinschaftlich voranzutreiben, indem der Bezirk nicht nur für seine, sicherlich notwendigen, Bereitstellung von finanzierbarem Wohnraum für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgt, sondern dass er sich auch hier in der Verantwortung sieht, für das ambulantisierende Angebot entsprechende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Das heißt, aus unserer Sicht kann sich die Baugesellschaft des Bezirkes, die OH/DH, hierzu sehr gut auch engagieren. Wir haben dazu schon mehrere Vorschläge gemacht, wir werden diese Vorschläge auch weiter vortragen, da wir davon überzeugt sind, dass dies ein neuerer und weiterer Weg ist, eine wesentlich bessere Ausstattung für die Ambulantisierung zur Verfügung zu stellen.

Ambulantisierung ist aber etwas, das erst passiert, nachdem man schon stationär war. Ich möchte hier auch nochmal ganz klar daran erinnern, dass die ambulanten Pflege 66 % nach wie vor durch

die Angehörigen erfolgt. Das heißt, die Pflege und die Unterstützung der betroffenen Personen erfolgt möglichst lange von zu Hause aus. Diese Unterstützung sehen wir leider immer noch nicht wiedergespiegelt in unserem Planungsgremium GSV. Wir würden uns wünschen, dass es endlich, wie wir es beantragt haben, übernommen wird und Gespräche in der großen Gruppe geführt werden, die für die Bewältigung unserer Aufgaben maßgeblich mitwirken. Nur durch die Erweiterung der Hilfemöglichkeiten zeigen wir einen respektvollen Umgang zwischen dem, was wir unterstützen müssen und was durch die Angehörigenhilfe bereits abgedeckt wurde. Es nutzt uns allen gemeinsam. Insofern hoffen wir hier auf einen Umdenkprozess der Beteiligung dieser Gruppierung.

In Sachen Pflege ist uns aufgetragen, auch ein großes Projekt für die nächsten Jahre, die Pflegestützpunkte auszubauen. Aus unserer Sicht ist das eine riesen Chance für den Bezirk, nicht nur im Zusammenhang mit der Pflege ansprechbar und Ansprechpartner vor Ort zu werden, sondern auch in anderen Belangen des Bezirks. Vor allem soll im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe eine Vor-Ort-Ansprechbarkeit entstehen, die vielen Betroffenen helfen würde, die Hürde der Beantragung bzw. auch die Problematik des Antragsweges zu verschlanken und zu vereinfachen. Auch an dieser Stelle sind wir davon überzeugt, dass durch technische Hilfsmittel, viel erreicht werden kann, dass eine selbstständige und eigenverantwortliche Bearbeitung bzw. Wahrnehmung der Rechte der Betroffenen viel einfacher möglich ist und nicht alles nur mit Unterstützung geht, auf die man warten muss, womöglich erst noch einige Anträge stellen muss. Das heißt, nicht nur das „Rasiert-werden“ sollte interessant sein, vor allem das Begleiten bei rechtlichen Wegen und Anträgen wäre aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Weg, wo wir Innovationsstärke entwickeln sollten, um endlich hier die Chancen einer digitalen Welt für unser Klientel zu eröffnen und der Breite zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne ist für uns die Chance, aus Pflegestützpunkten eine Art Antragszentrum zu schaffen, wo eine regelmäßige und kompetente Ansprache in allen bezirklichen Belangen für die Bevölkerung möglich ist.

Wir sind an dieser Stelle mit unseren Ideen und Vorschlägen sehr aktiv, die Entwicklungen im Sinne des Projekts 2030+ voranzutreiben. Die daraus resultierenden Anträge sind zum Teil schon gestellt und werden auch weiter entwickelt. Wir wollen unbedingt im Gespräch bleiben, um möglichst viel zu erreichen. Die reine Bürokratiesteigerung ist für uns keine Lösung. Wir wollen kreativ neu denken. In diesem Sinne ist bei uns innerhalb der Fraktion nicht alles einheitlich als positiv zu beurteilen, was im Haushaltsplan dargestellt ist. Wir werden dennoch größtenteils diesem Plan zustimmen, weil die Richtung aus unserer Sicht die Richtige ist, in vielen Dingen aber aus unserer Wahrnehmung nicht weit genug geht. Wir wollen z.B. das Thema Einzelfallhilfe Fallmanagement nicht als Thema wahrnehmen, sondern es ist unser Auftrag. Und für uns ist Inklusion an der Stelle eigentlich etwas, das diese Einzelfallbetrachtung selbstverständlich machen sollte. Es war schon angesprochen, dass die Beurteilung des Hilfebedarfs immer noch nicht nach dem BTHG-Regeln festgelegt ist, wie sie jetzt den Anforderungen aus der Behindertenrechtskonvention eigentlich gerecht werden soll. Auch hier droht aus meiner Sicht wieder ein bürokratisches Monster zu entstehen, statt dass man einfach wirklich mal den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihn entsprechend befragt, was ist denn eigentlich der Bedarf. Wir sehen das an Einzelbeispielen wie an den Assistenzen in der Schulbegleitung. Es ist immer wieder ein furchtbares Hin und Her von Zuständigkeiten, von Geldtöpfen, aber der Mensch wird dabei überhaupt nicht gesehen und auch nicht in den Mittelpunkt gestellt, was ich sehr bedauere. Hier hoffen wir weiterhin auf engagiertes Arbeiten für dieses Thema, unser Herr Präsident ist da sehr engagiert, leider nicht immer erfolgreich. Nichtsdestotrotz müssen wir hier dran bleiben. Dieser angesprochene Klageweg für Oberbayern, um in der Finanzierung endlich eine größere Gerechtigkeit herstellen zu können, wir von uns durchaus begrüßt. Es muss überprüft werden, was die Rechtmäßigkeit hergibt und was nicht. Insofern sind wir hier durchaus konstruktiv beteiligt, die Sachen zu verbessern.

Der Haushaltsentwurf an sich wird uns etwas zweiteilen, trotz allem sind wir größtenteils für diese Grundrichtung und werden dem zustimmen. Für die engagierte Arbeit wollen auch wir uns ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung bedanken. Genauso bei den Kolleginnen und Kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, die wir hoffentlich auch in den Folgejahren so aufrechterhalten können. Auch hier wünsche ich mir weiterhin ein respektvolles und demokratisches Miteinander, damit der Diskussionsfaden für die Betroffenen nicht abreißt.

Ganz herzlichen Dank!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Prof. Dr. Klaus Weber (Fraktion Die Linke)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Bezirksrat Prof. Dr. Weber wünscht, dass der Livestream während seiner Haushaltsrede abgeschaltet wird.

Bezirk 30+: Alles soll sich ändern – damit es so bleiben kann, wie es ist. Die *LINKE* im Bezirkstag lehnt den Haushalt ab.

Vor einem Jahr stimmte die Fraktion der *LINKEN* dem Haushalt zu mit der Hoffnung auf eine konstruktive Zusammenarbeit. In meiner Rede vom 13. Dezember 2018 heißt es: „Ob eine gute Zusammenarbeit gelingt, hängt von Ihnen ab. Ich wünsche mir mehr Selbstkritik, mehr Veränderungsbereitschaft und weniger Friedhofsruhe“. Die Erfahrungen in diesem Jahr haben uns – was eine gute Zusammenarbeit betrifft – eines besseren belehrt: Anfragen werden von der Verwaltung zwar korrekt beantwortet, die fälligen Schlussfolgerungen werden jedoch politisch verhindert. Anträge von uns werden – wie vom Kollegen Wetzelsberger im Werkausschuss Seeon – als „Quatsch“ bezeichnet, auch wenn sie formal und inhaltlich korrekt vorbereitet worden sind. Rechtsverstöße bzw. die Überlegung, bayerisches oder bundesdeutsches Recht einzuhalten, werden je nach Marktlage „ausgehebelt“ (siehe unseren Antrag zum Thema Denkmalschutz oder zum Zuschuss zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge). Und über den Hitler-Satz des Vertreters der neuen Nazi-Partei AfD soll der Bezirkstag nicht diskutieren, weil CSU, SPD, Freie Wähler, FDP und Bayernpartei gemeinsam mit den neuen Nazis beim Wegschauen eine große Koalition bilden. Was die Friedhofsruhe betrifft, so ist inzwischen dafür gesorgt, dass in fast allen Ausschüssen kritisch nachgefragt und hinterfragt wird. Was die kollegiale Zusammenarbeit betrifft, so schlägt uns einzig und allein inhaltliche Ablehnung entgegen; was unsere sachlich begründeten Anträge betrifft, so hat dazu ein Kollege der Freien Wähler nach der letzten Kulturausschuss-Sitzung wohl richtig bemerkt: „Es ist egal, was ihr macht. Wenn es von den *LINKEN* kommt, wird es abgelehnt“. Anders gesagt: Gute Miene begleitet ein böses Spiel. Das eben Gesagte gilt nicht für alle Kolleg_innen: Bedacht, konstruktiv und sachlich habe ich (neben unseren Freund_innen der *GRÜNEN* und den Kolleg_innen von *ÖDP* und Tierschutzpartei) vor allem den Kollegen Schneider, die Kollegin Kuhn und den Kollegen Dorn (und noch einigen anderen) – bei allen *Unterschieden* in der Sache – erlebt. Herzlichen Dank dafür!

II

Bezirk 30+

Der Bezirk Oberbayern will sich mit dem Projekt *Bezirk 30+* „neu aufstellen“. Unseres Erachtens hat dieses Projekt mehrere „Geburtsfehler“. Der Prozess wurde begonnen, ohne dass die gewählten politischen Vertreter_innen eingebunden wurden. Er ist innerhalb der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Präsidium entstanden und hat keine demokratische Legitimation „eingeholt“. Weder die betroffenen Menschen noch die Professionellen (in den einzelnen Bereichen der Sozial- und Gesundheitsarbeit) noch die jeweiligen Institutionen (inklusive der Betroffenenengruppen) sind in den Prozess mit einbezogen. Vor zehn Jahren war das Thema „Bürger_innenbeteiligung“ von großem öffentlichen Interesse. Inzwischen – das kann man aus der Verwaltungsvorlage erkennen – ist das hauptsächliche Ziel eines Projekts *Bezirk 30+* eine effiziente Verwaltung. Betroffene und Bezirksbürger_innen werden nicht oder nur marginal erwähnt.

Soziales und Gesundheit

Die Vertreter_innen der *LINKEN* im Bezirkstag haben das Jahr über von vielen Menschen, die von den Maßnahmen des Bezirks und seiner Verwaltung abhängig sind, Stellungnahmen geschickt bekommen; und wir haben Gespräche geführt, in denen deutlich wurde, dass im Bereich der Sozialverwaltung persönliche oder strukturelle

Defizite in einem Ausmaß vorhanden sind, welche dazu führen, dass sich die so genannten „Anspruchsberechtigten“ als Bittsteller verstehen müssen. Ein paar Beispiele: mögen genügen: Behinderte Menschen müssen sich – metaphorisch gesagt – völlig nackt ausziehen gegenüber der Bezirksverwaltung: Wenn ein behinderter Mensch – wie wir nichtbehinderte Menschen auch – ein Bedürfnis nach sexueller Befriedigung hat und keinen Partner/keine Partnerin; wer also dafür ins Bordell gehen will, muss Taxikosten dorthin ebenso offenlegen wie den Bordellbesuch selbst. Wenn sich behinderte Menschen in Selbsthilfegruppen treffen (wie übrigens viele andere Menschen mit Problemen das auch tun), müssen sie sich von Angestellten des Bezirks anhören, dass es für ihr Leben von Nachteil sei, wenn sie sich mit ihresgleichen treffen (so nachzulesen in einer Zielvereinbarung zwischen dem Bezirk und einer behinderten Person, die uns vorliegt). Mobilität ist das A und O für behinderte Menschen. Nicht selten wäre ein PKW eine sinnvolle Alternative zu Taxen, öffentlichen Nahverkehr und Fahrdiensten. In Zeiten, in denen die Anschaffung oder das Fahren eines PKW eine Selbstverständlichkeit für die meisten Menschen ist, müssen behinderte Menschen vom Bezirk hören, dass sie damit dem Gemeinwesen finanziell zur Last fallen. So ist in einer Antwort des Präsidenten an die *LINKE* zum Thema *Mobilitätshilfen* zu lesen, „Hilfe zur Beschaffung eines PKW“ komme nur dann in Betracht, wenn das Gebot der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel“ beachtet werde. Es ist kein Wunder, dass zehn Jahre nach Ratifizierung der *UN-Behindertenrechtskonvention* deren Umsetzung von den meisten Behindertengruppen kritisiert wird. Es ist kein Wunder, wenn der Bezirkstagspräsident im April 2019 von Behinderten nach seiner Aussage, der Bezirk übernehme „hohe Verantwortung“ gegenüber behinderten Menschen, ausgelacht wird, weil gleichzeitig alle Anwesenden wissen, dass sie eher „hohe Hürden“ zu überwinden haben, um in einer inklusiven Gesellschaft leben zu können. Gespart wird nicht im Straßenbau, gespart wird nicht bei Zuschüssen des bayerischen Staats an BMW, Audi und Zulieferfirmen der Autoindustrie. Gespart wird auch nicht bei den üppigen staatlichen Zuschüssen und Leistungen für Google, Amazon und andere Firmen, die sich zwar in Bayern ansiedeln, ihre Steuern aber keinesfalls hier zahlen wollen. Gespart wird auf dem Rücken derer, die sich kaum oder nicht wehren können – und der Bezirk Oberbayern, der sich stets rühmt in Sachen Inklusion, macht sich zum Erfüllungsgehilfen einer Sparpolitik, die behinderte Menschen zu Antrags- und Bittstellern macht und nicht zu gleichberechtigten Bürger_innen dieses Freistaats. Nach wie vor bestimmen Herablassung und Ungleichbehandlung das Leben behinderter Menschen. Hören Sie, hören wir endlich auf, über behinderte Menschen als Menschen zu sprechen, die „nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen“. Wer sagt denn, dass ein Leben mit Behinderung – egal welcher Art – nicht „sonnig“ sein kann; und wie kommt man und frau darauf, dass wir in dieser Sonne stehen würden. Vielleicht ist es eher so, dass der Schatten, den behinderte Menschen erleben, durch Maßnahmen erzeugt wird, die der Bezirk politisch mitzuverantworten hat.

Was der Bezirk und seine Entscheidungsträger sicher zu verantworten haben, sind die niedrigen Löhne der „outgesourcten“ Klinikteile. Wir brauchen uns nicht zu freuen, wenn bei den *kbo-Kliniken* ein dickes Plus – wirtschaftlich betrachtet – rauskommt. Dieses Plus wird erzeugt auf dem Rücken derer, die nach der Überführung der Bezirkskliniken in Kommunalunternehmen in Untergesellschaften ausgegliedert wurden, wo ein katastrophaler Lohn bezahlt wird. Wenn Sie nun einen Antrag der *LINKEN* ablehnen, diese Firmenteile wieder in das Kommunalunternehmen zurückzunehmen und tarifliche Löhne zu bezahlen, dann zeigen sie, auf welcher Seite Sie stehen. Da wird im Personalausschuss gejammert über die hohen Mieten in München und die Verarmung der eigenen Mitarbeiter_innen; gleichzeitig wird dort weggeschaut, wo der Bezirk diese Verarmung aktiv betrieben hat und noch betreibt. Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, mir fällt nichts anderes mehr ein als dieses, Ihr Verhalten schlicht als Heuchelei zu bezeichnen.

III

Kulturausschuss & Kloster Seeon

Was den Kulturausschuss betrifft, so müssen wir erleben, dass es im kulturellen Bereich Förderungen für Gruppen gibt, die den Förderrichtlinien gar nicht entsprechen. Kollege Reuter von der FDP, der mit seinem frisch erworbenen Wissen als „Neuer“ auf diesen Punkt hinwies, wurde mit dem Hinweis abgetan, hier handle es sich um Gruppen, die schon seit Jahrzehnten gefördert würden und man wisse doch usw. usf.

Meine Damen und Herren: Wofür gibt es denn Richtlinien, wenn nicht dazu, dass sie eingehalten werden? Doch hier – wie auch im Werkausschuss der Bildungs- und Kultureinrichtung Kloster Seeon gilt, dass Richtlinien und gesetzliche Vorgaben nicht nur sehr weit gedehnt werden, sondern schlicht und einfach nicht eingehalten werden. Eine absurde Situation: Diejenigen, die auf die Verfassung des Freistaats Bayern und dem Einhalten der Gesetze dieses Freistaats einen Eid geschworen haben, setzen sich schulterzuckend über geltendes Recht hinweg. Das ist in Bezug auf das Denkmalschutzrecht so, das ist in Bezug auf die Förderung des *Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge* so und das ist ebenso beim Ignorieren der eigenen Förderrichtlinien. Die *LINKE* wird – gemeinsam mit denen, die der Sache und dem Recht Vorrang geben vor politischer Mausehelei – weiter dazu beitragen, dass ein „Weiter so“ nicht mehr so leicht möglich sein wird, auch wenn wir uns bewusst sind, dass wir nicht mehr bewirken können wie ein kleiner Reißnagel im Hintern der schon viel zu lange und viel zu bequem hier sitzenden Bezirkspolitiker_innen. Mehr können wir nicht tun, als den Skandal zu benennen, wie leichtfertig geltendes Recht zur Seite geschoben wird, wenn es politischen und anderen Interessen dient.

IV

Im November 2018 passiert Folgendes: Herr Groß von der AfD spricht sich positiv über Adolf Hitler und zwei Gedenkort zu Erinnerung an Adolf Hitler aus, und der AfD-Bezirksrat wiederholt in der Presse diese Aussage. Er nimmt nichts zurück. „Hitler statt Auschwitz“ - das ist seine Botschaft, mit der er auf der Linie Björn Höckes liegt, der in seiner Dresdner Rede im Jahr 2016 ebenfalls eine Rückkehr zu deutschen Verhältnissen vor 1945 fordert. Wie reagierte der Bezirkstag auf diese neofaschistische Äußerung eines seiner Mitglieder? Die CSU verhindert mit Geschäftsordnungs-Anträgen durch den Kollegen Schwarzenberger jeweils eine Diskussion über das, was der AfD-Mann Groß sagte. SPD, Freie Wähler und andere stimmen dem zu. Doch das ist nicht alles: In der Fraktionsvorsitzenden-Runde vom Juni 2019 meint der Präsident, man müsse doch unterscheiden, ob etwas in der Cafeteria oder im Plenum gesagt werde. Geehrter Herr Präsident: Donald Trump nennt das, was Sie Cafeteria-Gespräche nennen, „locker room talk“. Soll das heißen, dass ein Nadelstreifen-Nazi in der „privaten“ Fraktionsvorsitzenden-Runde seine Wertschätzung für Adolf Hitler ausdrücken kann – hier aber so tut, als stehe er auf dem Boden der demokratischen Grundordnung? Doch Rainer Groß ist nicht der einzige in dieser Partei, deren Gefahr für ein demokratisches Gemeinwesen langsam bis zur Kenntlichkeit „enttarnt“ wird: Da ist Rainer Bock, der Fraktionsvorsitzende, der sich nicht scheut und schämt, seiner Parteikollegin Beatrix von Storch die Hand zu reichen. Frau von Storch, die lauthals propagiert, dass Flüchtlingskinder an der Grenze zu erschießen seien. Da ist der Bezirksrat Daniel Stanke, der mit Martin Sellner, dem Chef der *Identitären Bewegung* Österreichs, hier in München zusammenarbeitete. Sellners Girokonto konnte eine Überweisung von demjenigen verbuchen, der in Christchurch/Neuseeland lächelnd einen Anschlag auf zwei Gotteshäuser verübte, bei dem 51 Menschen starben. Da ist Christian Demmel, der auf einer Rede in Rosenheim die Bundesregierung und ihr Personal als Diktatur, als „Viertes Reich“, als Nazis und als faschistisch bezeichnet; gleichzeitig diffamiert er politische Gegner_innen als psychisch krank und spricht – wie einst Heinrich Himmler – vom „Volkstod“. Und heute ist in diese Männerrunde der AfD einer dazu gekommen, der Angela Merkel in seiner Bewerbungsrede für den Bezirkstag vom Juni 2018 als politische „Feindin“ bezeichnet; und der alle, die nicht so denken wie er, auffordert, „dieses Land zu verlassen“.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Wer zu solchen Stimmen schweigt – und Sie haben, Herr Schwarzenberger, und Sie, liebe Kolleg_innen von der SPD ebenso, dieses Schweigen durch einen Antrag unterstützt –, wer also zu solchen Stimmen schweigt – der stimmt zu! Meine Kolleg_innen von der SPD: Sie und ihre Genoss_innen reden gerne davon, dass wir aus der Geschichte lernen sollen. Ihr Parteivorsitzender Kurt Schumacher war es, der nach einer Reichtagsrede von Joseph Goebbels im Februar 1932 meinte, die NSDAP-Abgeordneten damit verhöhnen zu können, ihnen „die restlose Mobilisierung menschlicher Dummheit“ zu unterstellen. Eineinhalb später waren es die von ihm verlachten Nazis, die ihn ins KZ brachten. So wie er die Nazis unterschätzte, so sollten wir die AfD nicht unterschätzen – das wäre „aus der Geschichte gelernt“. Hier unter uns sitzen Menschen, die nicht nur radikale menschenfeindliche Parolen von sich geben. Sie sind es, die dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn diese Parolen zu Taten werden; wenn in diesem Land Politiker von Neonazis ermordet werden, wie Walter Lübcke; wenn Mord-Anschläge auf jüdische Menschen verübt werden. Ein Argument, sich nicht mit den Hitler-Äußerungen von Rainer Groß zu beschäftigen, war, dass das mit dem Bezirk nichts zu tun habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir als Bezirksrät_innen sind für eine Politik verantwortlich, deren Ziel es sein muss, dass sich behinderte Menschen wie Menschen fühlen können und nicht wie „Un-Menschen“. Doch die ersten Stimmen aus dieser neuen Nazi-Partei zeigen uns, was sie von behinderten Menschen halten und wie sie mit ihnen umzugehen gedenken. Der Vorreiter einer menschenverachtenden und ausgrenzenden Politik in der AfD ist deren Fraktionsvorsitzender im Landtag des Saarlands. Allen Ernstes weist er auf den „Skandal“ hin, dass in „deutschen Schulen Kinder mit Down-Syndrom“ sitzen, während in Krankenhäusern doch auch ansteckende Personen von nicht-ansteckenden getrennt würden. Die bayerische AfD-Landtagsfraktion stellt im September 2019 den Antrag, Fehlbildungen von Kindern nach der Geburt in einem staatlichen Sonderregister zu erfassen (wie zuletzt im Nazi-Staat). Und vor fünf Jahren forderte die thüringische AfD unter der Führung des Faschisten Björn Höcke, behinderte Kinder und nicht-behinderte Kinder nicht mehr gemeinsam zu beschulen. Meine Damen und Herren, während Sie hier ihre Ohren verschließen und schweigen, wo es angebracht wäre, deutlich und laut auf die Gefahr der neuen Nazis hinzuweisen, ist es bisher nur einem einzigen Politiker eingefallen, die Sache beim Namen zu nennen. Auch wenn ihn taktische Gründe dazu ermutigt haben könnten, so ist Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident, der einzige gewesen, der im März 2019 die AfD als die neuen Nazis und kürzlich auf dem CDU-Parteitag als „neue NPD“ bezeichnete.

V

Die Fraktion der *LINKEN* im Bezirkstag von Oberbayern wird dem Haushalt für das Jahr 2020 nicht zustimmen. Nicht, weil er nicht mit Bedacht und großer Sorgfalt durch die Verantwortlichen in der Verwaltung vorbereitet worden wäre – im Gegenteil. Doch eine Aussprache zum Haushalt ist auch *immer* eine Generaldebatte über die politische Richtung. Wenn überhaupt eine Richtung zu erkennen sein soll bei dem Bündnis von CSU, Freien Wählern und SPD, dann nur diese: Wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist. Politik, meine Damen und Herren, ist aber *Gestaltung des Gemeinwesens* und nicht des mehr oder weniger gute Verwalten des bestehenden Schlechten. Wir kündigen hiermit an, die Oppositionsrolle – gerne auch mit den GRÜNEN und anderen zusammen – zu übernehmen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns ein „heißes Jahr 2020“.

Haushaltsrede von Frau Dr. Susanne Wittmann (Fraktion Tierschutzpartei)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Livestream wird wieder aktiviert.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen und Kolleginnen, meine Damen und Herren,

im Namen der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Tierschutzpartei nehme ich zum Haushalt 2020 Stellung.

Vorab möchten wir uns bei Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die anschauliche Darstellung des Haushaltsentwurfes und die Antworten auf alle unsere Fragen bedanken.

Mein Dank geht auch an alle Mitarbeitenden in der Bezirksverwaltung.

Wie wir alle wissen, wurden Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, die sich im kommenden Jahr und in den nachfolgenden Haushalten finanziell erheblich auswirken werden. Es wird deshalb ein Betrag aus der allgemeinen Rücklage entnommen.

Wäre die Umlage angehoben worden, statt die Rücklagen bis zur letzten gesetzlichen Möglichkeit abzuschmelzen, wären die offensichtlichen Mehrkosten deutlich geworden.

Zusätzliche Ausgaben für den Klimaschutz werden ebenfalls notwendig und laut dem bayerischen Ministerpräsidenten auch Staatsraison. Insofern wäre es aus unserer Sicht besser gewesen, die Umlage schon jetzt zu erhöhen. Oder werfen etwa die Kommunalwahlen 2020 hier ihre Schatten voraus?

Trotz allem sind wir uns sicher, dass es dem Bezirk gelingen wird, 2020 seinen Aufgaben vollständig nachzukommen und sich darüber hinaus neue Ziele zu setzen in den Bereichen Inklusion, Barrierefreiheit und Nachhaltigkeit.

Auf die Gesamtsituation des Haushalts wurde in den vorangegangenen Reden ausführlich eingegangen. Deshalb beschränke ich mich auf einige für uns wichtige Punkte:

Soziales und Gesundheit

Durch die nächste Reformstufe im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes werden die Kosten in diesem Bereich weiter steigen bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen unter anderem durch das Inkrafttreten des Angehörigen-Entlastungsgesetzes.

Nachteile werden auch erwartet durch den erhöhten bürokratischen Aufwand. Grundsätzlich halten wir es aber für positiv, wenn das Ziel erreicht werden kann, die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen zu verbessern.

Ein zentraler Baustein des neuen Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes ist die bayernweite Einführung eines psychiatrischen Krisendienstes. Der Bezirk Oberbayern hat Vorreiterfunktion, der Krisendienst ist hier bereits flächendeckend ausgebaut und kann als großer Erfolg gewertet werden. Unter anderem trägt er dazu bei, dass stationäre Unterbringungen bei psychischen Krisen im Erwachsenenalter häufig vermieden werden können.

Es sollte selbstverständlich sein, dass der Grundsatz „ambulant vor stationär“ auch für Kinder und Jugendliche gilt. Leider werden immer mehr Kinder und Jugendliche stationär behandelt, auch die Zahl der geschlossenen Stationen für Kinder und Jugendliche hat im Bezirk Oberbayern zugenommen.

In der Heckscher-Klinik mit Pflichtversorgungsauftrag für ganz Oberbayern ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der stationär behandelten Patienten von 1000 auf 1700 pro Jahr gestiegen. Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen warten mehrere Monate auf einen ambulanten Behandlungstermin, mit der Gefahr einer Verschlechterung der Symptome. Bei akuten schweren Krisen ist eine Aufnahme auf eine geschlossene Station dann oft nicht mehr zu verhindern.

Allerdings ist auch die Zahl der ambulant behandelten Kinder und Jugendlichen im selben Zeitraum von jährlich 8.000 auf 13.600 angestiegen.

Zusätzlich zum Ausbau der kinderpsychiatrischen Versorgung sollte auch die Frage gestellt werden, warum immer mehr Kinder und Jugendliche psychisch krank sind. Laut Kinder- und Jugendreport der DAK leidet jedes vierte Schulkind in Bayern an einer psychischen Erkrankung. Als Gründe werden von Fachleuten die häufigere Diagnosestellung sowie familiäre Belastungen, Leistungsdruck und Mobbing genannt.

Wir haben den Eindruck, dass noch vor zwanzig Jahren Familien eine größere Rolle spielten in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Grundlage für die Entwicklung einer stabilen Persönlichkeit zu liefern, die auch helfen kann, mit Belastungen besser umgehen zu können.

In der aktuellen Politik werden Familien vor allem durch Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung unterstützt. Es kann und muss immer mehr gearbeitet werden - aber ist es wirklich erstrebenswert, diesen Prozess immer weiter zu forcieren? Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnraum ein. Für entsprechende Zuständigkeitsbereiche innerhalb des Bezirks haben wir diese Themen auch in unseren Beitrag zum Konzept Bezirk 2030+ aufgenommen.

Personal

Die Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Bezirks als Arbeitgeber werden in den kommenden Jahren einen höheren Aufwand erzeugen. Wir halten die Maßnahmen für sinnvoll und unterstützen sie voll und ganz.

Insbesondere begrüßen wir Schritte, die darauf abzielen, die Mitarbeiter zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu motivieren.

Kloster Seeon

An diesem schönen Ort ist zur Zeit viel im Wandel. So wurde unter anderem der Zugang zur Klosterkirche renoviert und barrierefrei gestaltet und die Ölheizanlage wird derzeit durch eine Hackschnittel-Heizanlage ersetzt.

Insgesamt ist es positiv, dass bei der Planung der Baumaßnahmen auf Nachhaltigkeitsaspekte Rücksicht genommen wird.

Manche Zielsetzungen sehen wir eher kritisch. Ein zentrales Ziel scheint das Ausweiten des Angebots für Touristen und eine größere Zahl an Ausflüglern zu sein, mit teilweise nicht zu verhindernden Auswirkungen auf das Seeufer, das zahlreiche Wasservögel, darunter auch gefährdete Arten, beheimatet.

Artenschutz und Klimaschutz

Das Volksbegehren Artenvielfalt, das die ÖDP initiiert hat und das von der Tierschutzpartei von Beginn an unterstützt wurde, hat bewirkt, dass die Landesregierung Maßnahmen im Bereich Artenschutz einleitet.

Auch der Bezirk Oberbayern trägt Verantwortung, den Artenschutz im Rahmen des Möglichen zu berücksichtigen. Wir haben dieses Thema deshalb als eines unserer Schwerpunktthemen im Rahmen des Konzepts Bezirk 2030+ vorgeschlagen.

Die weltweiten Klimaveränderungen vollziehen sich immer rasanter und die Auswirkungen werden für viele Menschen existenzbedrohend.

Natürlich können wir dieses Problem nicht allein bei uns im Bezirk Oberbayern lösen, aber wir können und müssen in vielen Bereichen einen Beitrag leisten.

Wir begrüßen es, dass die Bezirksverwaltung bei der Planung von Dienstreisen die Ökologie stärker berücksichtigen will, dass sie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördert und im Bereich des Fuhrparks auf Fahrzeuge setzen will, die bei der Einsparung von CO₂ helfen.

Wir fordern von der Bezirksverwaltung und den politischen Vertretern einen Verzicht auf innerdeutsche Flugreisen. Entsprechende Ankündigungen werden wir kritisch begleiten.

Wir wollen aber dennoch auch daran erinnern, dass weltweit die industrielle „Nutztierhaltung“ mehr Treibhausgasemissionen verursacht als der gesamte Transportsektor zusammen.

Solange kein Wille da ist, den Fleischkonsum einzustellen oder zumindest massiv zu senken, werden wir unsere Ziele in Bezug auf Umweltschutz, Ressourcenverbrauch und Klimawandel nicht einhalten können. Unsere Ausschussgemeinschaft hat deshalb den Antrag gestellt, in den Einrichtungen des Bezirks zur Auswahl ein veganes Gericht anzubieten.

Wir sehen keinen Widerspruch zwischen dem Wohl des Menschen und dem Tierschutz. Es ist inzwischen bekannt, dass zahlreiche Kinder nicht verhungern müssten, wenn nicht ein großer Teil der Anbauflächen für Tierfutter benutzt würde.

Dass Ressourcen endlich sind und sich eine zerstörte Umwelt selbstverständlich auch auf das Wohlergehen der Menschen auswirkt, dürfte sich inzwischen auch außerhalb der Ökobewegung herumgesprochen haben.

Die Klage, Umweltschützer würden anderen Menschen jetzt auch noch das Fleischessen verbieten, kann mit Verweis auf die Zahl der jährlich in Deutschland geschlachteten Tiere zurückgewiesen werden: Sie liegt jetzt inzwischen bei 770 Millionen Tiere, während es noch im Jahr 2014 750 Millionen Tiere waren. Und allen Behauptungen zum Trotz: Es ist nicht möglich, eine solch hohe Zahl an Tieren artgerecht und in ökologischen Betrieben zu halten.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bezirk seine Entscheidungen und seinen Haushalt an integrativer Gerechtigkeit und auch an ökologischen Zielen und Nachhaltigkeit ausrichtet.

Wir brauchen einen achtsameren Umgang mit der Natur und kreative Ideen, um das Leben im Bezirk Oberbayern zukunftsorientiert im Sinne von echter Nachhaltigkeit zu gestalten.

Wir dürfen nicht einem falsch verstandenen Liberalismus der freien Umweltzerstörung nachhängen, denn es geht um unsere Lebensgrundlagen und den Erhalt von Mensch, Tier und Umwelt. In diesem Sinne setzen wir Mitglieder der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Tierschutzpartei uns weiterhin für eine gute Politik des Bezirks Oberbayern ein und stimmen dem Haushalt zu.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank! Ihnen allen Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Hubert Dorn (Bayernpartei)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Bezirkstagspräsident,
meine Herren Vizepräsidenten,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dem Walt-Disney-Film „Schneewittchen“ gibt es eine Szene, in der die Zwerge dem Schneewittchen vor ihrer Hütte im Wald eine Geburtstagstafel mit einer wunderschönen Torte aufdecken. Gerade als sie fertig sind, fällt vom Baum ein Tannenzapfen mitten in die Torte - die Zwerge stehen fassungslos vor dem Desaster.

Ein bissl geht es uns mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf auch so. Vor uns liegt ein durchstrukturierter, ausgewogener, zudem genehmigungsfreier Haushaltsplan, der ohne Anhebung des Hebesatzes auskommt und dennoch den Bedarf in den Einzelplänen voll befriedigen kann. Dafür ein ehrlicher Dank an Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff mit ihren Mitarbeitern, zumal dies ja nicht das erste Mal ist, dass die Kämmerei hier hervorragende Arbeit leistet!

Die ganze Sache hat allerdings einen gravierenden Schönheitsfehler: Das Abschmelzen der Rücklagen um circa 50 Mio. Euro auf das gesetzlich vertretbare Mindestmaß – und diese Rücklagenentnahme, zum zweiten Mal in vier Jahren, ist nicht bedingt durch schlechtes Wirtschaften oder falsche Kalkulation, sondern durch die nur zufällig etwa gleich hohen Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Kosten, die nicht wir zu vertreten haben, sondern die Berliner Politik seit 2015! Dieses „Berlin befiehlt, der Bezirk bezahlt“ widerspricht nicht nur jedem Gedanken des Konnexitätsprinzips, sondern mehr noch dem föderativen Grundprinzip der Bundesrepublik. Es ist daher keine Absage an den Haushaltsentwurf, sehr wohl aber massive Kritik am Verhalten der Bundesregierung, wenn die Bayernpartei dem vorliegenden Haushalt ihre Zustimmung nicht erteilen kann.

Dennoch ist die Gesamtentwicklung im Bezirk positiv zu bewerten, insbesondere das Anstoßen des Projekts „Bezirk 2030 +“. Hier werden wir uns auch entsprechend einbringen, vor allem auch in die Diskussion über ein Neudenken des Heimatbegriffs, die ja auch von der Bezirksheimatpflege deutlich thematisiert wird. Natürlich müssen wir in einer Zeit von Migration und immer stärkerer Mobilität diese Diskussion führen, aber auch mit der nötigen Vorsicht: Wenn heute die Rede ist von der Existenz mehrerer Heimaten, von Heimat lediglich als Sehnsuchtsbegriff, wie es etwa Bernhard Schlinck formuliert, dann müssen wir dem doch entgegenhalten, dass Heimat mehr ist als nur ein psychodelischer Selbsterfahrungstrip. Und dabei dürfen wir auch nicht übersehen, dass für Hunderttausende Menschen in dieser Region ihre Heimat ganz einfach eines ist – Bayern.

Vor diesem Hintergrund bleibt auch die traditionelle Volksmusikpflege ein wichtiges Thema der Bezirkstagsarbeit. Es ist zu begrüßen, dass das Volksmusikarchiv in Bruckmühl zukünftig zu einem weiteren Kulturzentrum des Bezirks ausgebaut wird, wir hören allerdings durchaus mit gewisser Sorge, dass damit auch eine Ausweitung der Volksmusikpflege auf andere Musiksparten verbunden werden könnte. Hier muss man ganz deutlich sagen, dass – anders wie z. B. in Österreich – bei uns die Bezirke die einzigen staatlichen Institutionen sind, die sich um die traditionelle Volksmusik kümmern. Und deshalb haben wir hier auch eine besondere Verantwortung, die Arbeit von Herrn Schusser und dem Volksmusikarchiv in diese Bahnen weiterzuführen!

Es war heute schon viel die Rede von den sozialen Aufgaben des Bezirks, nicht nur im finanziellen Rahmen der größte und bedeutendste Bereich unserer Tätigkeit. So wichtig und notwendig wir in diesem Umfeld sind – die bayerischen Bezirke sind doch mehr als Sozialeinrichtung und Inklusionsmotor, sie sind eine bundesweit einzigartige Einrichtung, nämlich Identifikationsfaktor für die einzelnen bayerischen Stämme und historisch gewachsenen Regionen, mithin das Kernstück des innerbayerischen Föderalismus. Und vor allem unter diesem Blickwinkel haben sie auch eine staatsprägende Existenzberechtigung, aus dem sich auch die Erfüllung ihrer Aufgaben ableitet. Dass wir diese Aufgaben auch im letzten Jahr kollegial und kooperativ erfüllen konnten, dafür gilt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie auch besonders dem Präsidium und der Verwaltung mein herzlicher Dank.

Und verbunden mit diesem Dank darf ich Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest, eine besinnliche Zeit und ein gutes und für den Bezirk erfolgreiches neues Jahr wünschen!

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2020 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 2.060.020.000,00 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 53.010.000,00 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2019 bis 2023 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2020 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2019/2020 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2020 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2020 auf 21,00 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2020 wird beschlossen. angenommen Ja 68 Nein 5
-------------------	---

TOP 5 Weitergewährung einer ergänzenden Fürsorgeleistung (Umwandlung von Ballungsraumzulage zu Großraumzulage) für die Beschäftigten der Bezirksverwaltung unter Berücksichtigung des Antrages der Kooperationspartner CSU, FW und SPD

Der Bezirkstag beschließt, den in der Vorlage in Eckpunkten beschriebenen noch auszuarbeitenden Tarifvertrag zur Neustrukturierung und Erhöhung der Münchenzulage zwischen der Landeshauptstadt München und ver.di nach seinem Abschluss zu übernehmen. Die Verwaltung wurde beauftragt, dem Ausschuss den Tarifvertrag nach Abschluss vorzulegen, damit über die Übernahme in Form der Zahlung einer optionalen Großraumzulage entschieden werden kann.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, den in der Anlage beigefügten Tarifvertrag zur Neustrukturierung und Erhöhung der Münchenzulage zwischen der Landeshauptstadt München und ver.di (2. ÄTV öTV A 35) zu übernehmen und stimmt damit dem Antrag der Kooperationspartner CSU, FW und SPD vom 05.08.2019 zu.
-------------------	--

	Der Bezirkstag beschließt, Beamtinnen und Beamten des Bezirks die Ballungsraumzulage nach den Maßgaben des unverändert geltenden Art. 94 BayBesG in bisheriger Höhe bis zum 31.12.2024 weiterhin zu gewähren. angenommen Ja 72 Nein 1
--	--

TOP 6 Arbeitgeberbezuschussung IsarCard Job (MVV) bzw. Jobticket (Deutsche Bahn) zur Förderung der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs

Es wird beschlossen, ab 01.01.2020 allen Mitarbeitenden des Bezirks zur Wahrung der Chancengleichheit am Bewerbermarkt vergleichbar der geplanten Vorgehensweise bei der Landeshauptstadt und dem Landkreis München einen Fahrkostenzuschuss in Höhe von 479,64 Euro jährlich zu gewähren.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, den Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern mit Arbeitsort München ab 01.01.2020 einen Fahrkostenzuschuss auf der Basis der Variante 1 zu gewähren. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Fahrkostenzuschussrichtlinie zu erstellen und zur Entscheidung vorzulegen. angenommen Ja 73 Nein 0
-------------------	--

TOP 7 Fahrtkostenzuschussrichtlinie für die Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern mit Arbeitsort München gültig ab 01.01.2020

Es wird beschlossen, den Inhalt der vorgelegten Fahrtkostenzuschussrichtlinie zu befürworten und ihr Inkrafttreten zum 01.01.2020 zu befürworten, um den Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern mit Arbeitsort München ab diesem Datum einen finanziellen Zuschuss zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für die Fahrten zwischen Hauptwohnsitz und Arbeitsstätte zukommen lassen zu können.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, die vorgelegte Fahrtkostenzuschussrichtlinie zu befürworten und ihr Inkrafttreten zum 01.01.2020 zu befürworten. angenommen Ja 73 Nein 0
-------------------	--

TOP 8 Beteiligungsberichte Klinische Beteiligungen - Geschäftsjahre 2017 und 2018

Der Bezirkstag informiert sich anhand der Beteiligungsberichte über den Geschäftsverlauf der klinischen Beteiligungen des Bezirks Oberbayern der Jahre 2017 und 2018.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt von den Beteiligungsberichten für die klinischen Beteiligungen der Geschäftsjahre 2017 und 2018 Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 9 Antrag der AfD vom 31.10.2019: Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen und des Gremiums zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung Oberbayern, Bestellung der Vertreter in Gremien des Klinikums Ingolstadt

Der Bezirkstag beschließt die Besetzung des Ausschusses für Kultur, Schulen und Museen, des Gremiums zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung und der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt aufgrund der Amtsniederlegung von Frau Beatrix Neuber neu.

Beschluss:	Der Bezirkstag bestellt Herrn Josef Robin als Mitglied der Fraktion der AfD im Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung, als Stellvertreter von Herrn Martin Wieser im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen sowie als Stellvertreter von Herrn Oskar Lipp in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt.
	angenommen Ja 73 Nein 0

TOP 10 Antrag der GRÜNEN vom 13.11.2019: Bestellung der Vertreter des Bezirks Oberbayern im Verwaltungsrat der "Kliniken des Bezirks Oberbayern"

Der Bezirkstag bestellt die Vertreter des Bezirks Oberbayern im Verwaltungsrat der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“.

Beschluss:	a) Der Bezirkstag beschließt, Herrn Sylvio Bohr als Mitglied im Verwaltungsrat der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen abzuberaufen. b) Der Bezirkstag bestellt Frau Elisabeth Janner als Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Verwaltungsrat der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen und Frau Dr. Frauke Schwaiblmaier als Stellvertreterin von Frau Elisabeth Janner.
	angenommen Ja 73 Nein 0

TOP 11 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2019: CO2-neutrale Verwaltung des Bezirks Oberbayern

Das Ziel, eine CO₂-neutrale Verwaltung des Bezirks bis zum Jahr 2030 zu erreichen, ist bereits Teil der Überlegungen innerhalb des Strategieprojektes „Bezirk 2030+“.

Der Bezirk leistet seinen Beitrag zum Klimaschutz, indem er seine CO₂-Emissionen bereits sehr weit reduziert hat. Im Jahr 2018 lagen die CO₂-Emissionen nur noch bei insgesamt 218 Tonnen CO₂ und konnten gegenüber dem Jahr 2014 um 60 Prozent gesenkt werden.

Der Auftrag an die Verwaltung, die bereits eingeschlagenen Wege zur Verringerung des CO₂-Verbrauchs zu intensivieren, wird bereits umgesetzt. Im Rahmen des Umweltmanagementsystems EMAS und dem damit verbundenen permanenten Verbesserungsprozess werden Möglichkeiten zur weiteren Reduzierung bzw. Kompensation untersucht.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, dass der Bezirk Oberbayern anstreben sollte, bis zum Jahr 2030 eine CO ₂ -neutrale Verwaltung des Bezirks zu erreichen.
	angenommen Ja 64 Nein 8

TOP 12 Antrag der Fraktion der Linken vom 24.07.2019: Rückführung der kbo-Service GmbH in die kbo-Kliniken

Der Bezirkstag berät über den Antrag der Fraktion der Linken vom 24.07.2019.

Frau Bezirksrätin Tuttas stellt den Antrag auf Verweisung des TOPs in den Verwaltungsrat. Der Antrag wird mit einer Mehrheit von 21:50 Stimmen abgelehnt.

Herr Bezirksrat Wunderlich stellt den Antrag auf Nichtbehandlung des TOPs. Der Antrag wird mit 23:48 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Linken vom 24.07.2019 ab.
	angenommen Ja 52 Nein 19

TOP 13 Antrag der Fraktion der Linken vom 08.08.2019: Anwendung des TVöD für den Bezirk Oberbayern und seine Beteiligungsgesellschaften

Der Bezirkstag berät über den Antrag der Fraktion der Linken vom 08.08.2019 zur Anwendung des TVöD für den Bezirk Oberbayern und seine Beteiligungsgesellschaften.

Frau Bezirksrätin Tuttas stellt den Antrag auf Verweisung des TOPs in den Verwaltungsrat. Der Antrag wird mit einer Mehrheit von 24:48 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Linken vom 08.08.2019 mangels Zuständigkeit ab.
	angenommen Ja 48 Nein 24

TOP 14 Antrag der Fraktion der Linken vom 09.09.2019: Kriegsgräberfürsorge / Streichung Zuschuss

Der Bezirkstag berät über den Antrag der Fraktion der Linken vom 09.09.2019.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der Linken vom 09.09.2019 ab.
	Antrag zurückgenommen

TOP 16 Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 11.11.2019: Reduzierung der CO2-Emissionen bei dienstlichen Fahrten

Die Bezirksverwaltung wird weiterhin den Bereich des Fuhrparks hinsichtlich der Einsparung von CO2-Emissionen beobachten und bei der Beschaffung auf Fahrzeuge setzen, die bei der Einsparung von CO2 helfen. Gleichzeitig wird eine Ladeinfrastruktur geschaffen, die es ermöglicht weitere E-Fahrzeuge in Betrieb zu nehmen.

Auf Flugreisen innerhalb Deutschlands soll künftig verzichtet werden. Bei Reiseplanungen ist verstärkt auf die Ökologie und Nachhaltigkeit zu achten.

Beschluss:	1. Der Bezirk Oberbayern führt sein Fuhrparkkonzept unter Berücksichtigung von ökologischen Aspekten fort und berichtet den zuständigen politischen Gremien. 2. Es werden zusätzliche Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge geschaffen. 3. Bei Dienst- und Fortbildungsreisen sind zusätzlich zu den wirtschaftlichen auch die ökologischen Aspekte zu berücksichtigen. Auf innerdeutsche Flüge ist grundsätzlich zu verzichten.
	angenommen Ja 56 Nein 11

TOP 15 Antrag der Fraktion der AfD vom 05.11.2019: Verzicht auf E-Mobilität im Bezirk und seinen Gesellschaften

Der Bezirkstags berät über den Antrag der AfD vom 05.11.2019 zum Verzicht auf E-Mobilität im Bezirk und seinen Gesellschaften.

Frau Bezirksrätin Neubauer stellt den Antrag, diesen TOP nicht mehr zu behandeln. Dieser Antrag wird vom Gremium nach Abstimmung mit 30:37 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:	Der Bezirkstag lehnt den Antrag der AfD vom 05.11.2019 ab.
	angenommen Ja 59 Nein 8

TOP 17 Bekanntgaben und Sonstiges

Herr Bezirkstagspräsident Mederer bedankt sich für die Mitarbeit und Zusammenarbeit und weist auf die Geschenke hin.

Herr stv. Bezirkstagspräsident Schneider bedankt sich bei Herrn Bezirkstagspräsident Mederer und wünscht frohe Weihnachten.

Herr Bezirkstagspräsident Mederer beendet die Livestream-Übertragung.

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 13:09 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung